

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Zeit): Hans Marckwald, Magdeburg. Verantwortliche Inserate: August Sabau, Magdeburg. Verlag von Carl Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Schöler, Magdeburg. Geschäftsstelle: Salsbörgerstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Wehlstraße 3, Fernsprecher 961. — Preisnummern: zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frachtporto) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. — Einzelhefte 20 Pf. — In der Expedition und den Abgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 25 Pf. — Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — Inventionsgebühr der sechsstelligen Zeitungen 15 Pf. — Post-Zeitungsliste Nr. 3162

Nr. 30.

Magdeburg, Donnerstag den 5. Februar 1903.

14. Jahrgang.

Die Konsequenzen.

Ab. Die Publikation des österreichischen und des russischen neuen Zolltarifs ist so rasch erfolgt, daß man unter dem Eindrucke steht, die respektiven Regierungen haben nur die Abstimmung im Reichstage abgewartet, um gegen Deutschlands Hochschutzzollpolitik vorzurücken. Die Antwort erfolgte prompt, ist klar und entschieden, eine Steigerung der Zölle für die wichtigsten deutschen Exportartikel! Geht nur noch Amerika. Aber wie hier die Antwort ausfallen wird, darüber kann es doch wahrlich keinen Zweifel geben. Die Vereinigten Staaten werden am meisten durch die neue schutzöllnerische Hochzoll getroffen. Oesterreich leidet unter den deutschen Agrarzöllen, dabei kommt aber für diesen Staat von allen Getreidearten in der Hauptsache nur die Gerste als Ausfuhrartikel nach Deutschland in Betracht; Rußland hat schon eine viel größere und mannigfaltigere Getreideausfuhr nach Deutschland, dabei leidet es noch unter den Agrarzöllen Oesterreichs; Nordamerika aber leidet unter den Agrarzöllen Deutschlands und Oesterreichs und außerdem noch unter den Industriezöllen Deutschlands, Oesterreichs und Rußlands! Gewiß, auch die Amerikaner werden es nicht an der nötigen Energie fehlen lassen. So wächst diese schutzöllnerische Hochzoll von Staat zu Staat und nimmt — — — Dimensionen an.

Ser von Posadowsky erklärte vorige Woche im Reichstage, er wisse nicht und er glaube, daß auch der Herr Reichskanzler es noch nicht wisse, wie die Handelsverträge sein werden. Das ist eine furchtbare Selbstanklage der Regierung. Sie hat also einen Zolltarif entworfen und mit aller Macht durchgesetzt, ohne sich auch nur im geringsten Rücksicht zu geben darüber, welche handelspolitische Folgen das nach sich ziehen wird! Und doch tat sie die ganze Zeit so, als wenn sie die Handelsverträge bereits in der Tasche hätte! Und hieß es nicht noch in der letzten Stunde, der Zolltarif müsse erledigt werden, damit man schleunigst Handelsverträge schließen könne? Und jetzt erklärt die Regierung, sie wisse noch gar nicht, wie diese Verträge sein werden. Vergebens warnte unsre Partei vor Ueberstürzung, vergebens wandte sie daran, geschweige schon von den Interessen der brotverzehrenden und steuerzahlenden Bevölkerung, auf die Vertragsstaaten Rücksicht zu nehmen; vergebens wandte sie alle Mittel der Opposition und Agitation an; vergebens stürzte sie sich kopfüber in den Kampf — alles wurde niedergedrückt, niedergedrückt, überhört, ersticht — die Handelsverträge müssen sofort geschlossen werden, hieß es, und die Zolltarifvorlage wurde Gesetz. Und jetzt erklärt die Regierung, sie wisse noch gar nicht, wie diese Verträge ausfallen werden! Alles ist noch erst in Vorbereitung — aber um die Hände frei zu bekommen, hat man sich die Arme mit dem Strick der Minimalzölle gebunden! Es ist die Logik des Herrenhauses.

Daß man die Industriezölle Oesterreichs und Rußlands sich nicht widerspruchlos gefallen lassen kann, sieht jeder ein. Die deutsche Ausfuhr nach Oesterreich und Rußland beträgt rund 800 Millionen Mark jährlich; es sind fast ausschließlich mit Zoll belegte Industriewaren; und geht man auf die neuen österreichischen und russischen Zölle ein, so wird man auch den amerikanischen zustimmen müssen. Der ganze deutsche Export, die Zukunft des deutschen Handels, die Zukunft der deutschen Industrie, die gesamte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands steht auf dem Spiel. So groß sind die drohenden Gefahren, daß sie schon jetzt, durch die bloße Aussicht dessen, was kommen wird, durch den ihnen vorausseilenden wirtschaftlichen Schattenwurf eine ungemein lähmende Wirkung auf die industrielle Tätigkeit ausüben.

Die Zeitungen verweisen auf die Industriezölle als Handelsobjekt beim Abschluß der Handelsverträge. Es wird mit der größten Wichtigkeit das „Geheimnis“ preisgegeben, daß die Industriezölle extra übermäßig hoch hinaufgeschraubt wurden, um beim Abschluß der Verträge Scheinkonzessionen machen zu können. Schade nur, daß das Kunststück nur zu leicht nachzumachen ist! Daß die Handels- und Weltpolitik des Reichs keine andern Gesichtspunkte kennen, als der Viehhändler auf dem Dorfmarkte, ist ein Stück für sich. Doch abgesehen von alledem, hat Oesterreich von der gesamten industriellen Einfuhr Deutschlands höchstens an den feinen Lederwaren ein bedeutendes Interesse, Rußland aber noch weniger! Diese beiden Staaten exportieren nach Deutschland fast ausschließlich landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe — was liegt ihnen an den deutschen Industriezöllen?!

Damit nicht genug, wird durch die deutschen Minimalzölle vor allem die Meißbegünstigungsklausel bedroht. Wenn andre Staaten Rußland und Oesterreich bedeutende Konzessionen bei den landwirtschaftlichen Zöllen machen, so wäre hiermit die Möglichkeit des Abschlusses von Reziprozitätsverträgen gegeben, bei denen die Staaten sich

gegenseitig Zollkonzessionen machen, von denen Deutschland so lange ausgeschlossen bleibt, als es nicht selbst dieselben Zollzustände macht, wie die andern. Allerdings ist die Meißbegünstigung das einzige regelnde Prinzip im Zollwirtsch. — man bedenke doch, wohin das führen würde, wenn die Staaten jedem einzelnen Staate gegenüber, mit dem sie im Verkehr stehen, einen besonderen Zolltarif anwenden wollten! — aber wenn Deutschland aus dem Ausgleich der Meißbegünstigung einen Ausgleich der meisten Begünstigung macht, dann wird es den andern Staaten unter Umständen gewiß vorteilhafter, andre Wege einzuschlagen.

Schon gleich bei der Bekanntgabe der deutschen Zolltarifvorlage wurde die Idee eines Gegenseitigkeitsvertrags zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten eifrig erörtert. Ein derartiger Vertrag, oder ein ähnlicher Vertrag zwischen Rußland und England — hier stehen allerdings politische Hindernisse im Wege — würde dem deutschen Export das Genick brechen. Nicht viel anders wäre es, wenn Gegenseitigkeitsverträge abgeschlossen wären zwischen Oesterreich, Rußland, Frankreich, Belgien, der Schweiz. Alle diese Staaten fürchten die industrielle Konkurrenz Deutschlands nicht minder, als Deutschland ihre agrarische Konkurrenz — da sie auf dem gleichen Boden der Schutzollpolitik stehen, wie Deutschland, so liegt die Möglichkeit nahe, daß sie sich gegenüber Deutschland schutzöllnerisch verbünden.

Aber, gebunden durch den Zolltarif, wie soll Deutschland diesen Bestrebungen entgegenwirken? Es bleibt der Regierung nur noch ein Weg übrig: den Staaten gegenüber, die Deutschland keine Meißbegünstigung gewähren, die Getreidezölle über das Minimum zu erhöhen. Ob aber das helfen würde, ist noch sehr fraglich. Deutschland kann das ausländische Getreide nicht entbehren. Eine weitere Erhöhung der Getreidezölle führt mehr zu einer Brotteuerung, als zu einer Verminderung der Einfuhr. So läuft denn auch dies auf das alte Mittel hinaus: Nieman aus dem Rücken des Volkes zu schneiden, um damit die Wunden, welche die Staatspolitik in die Volkswirtschaft schlägt, zu heilen.

Die Konsequenzen häufen sich und gewinnen handgreifliche Gestalt. Sie kommen wie der Knüttel aus dem Sack. Schon hat die deutsche agrarisch-kleinliche Handelspolitik zu einem handelspolitischen Konflikt zwischen den Agrarstaaten und den Industriestaaten der Welt geführt; es ist wohl möglich, daß dieser Konflikt die Wendung nimmt eines Kampfes sämtlicher Handelsstaaten gegen Deutschland! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 4. Februar 1903.

Aus dem Reichstag.

Bg. Berlin, 3. Februar. Der Reichstag begann am Dienstag die zweite Lesung des Etats. Und zwar beim Etat des Reichstags. Wie zu erwarten stand, griffte der Dezemberminister, der die Geschäftsordnung des Reichstags in ein Trümmersfeld verwandelt hat, bei dieser Beratung ein wenig nach. Dr. Pachnik und Genosse Singer, von Dr. Müller-Sagan nicht unterstützt, brachten noch einmal die zahlreichen Gewalttaten, Rechtsbrüche, Wortverdrehungen zur Sprache, die die zollwärtige Mehrheit in jenen Wochen sich hat zu schulden kommen lassen; mit bitterer, aber berechtigter Ironie schlug Singer vor, die Geschäftsordnung, wie sie aus jener Ära der Mißhandlungen hervorgegangen, der Mehrheit zum ewigen Schanddenkmal drucken zu lassen. Mit gewohnter Jesuiterei drehte Dr. Sachem die Sache um und behauptete — die Mehrheit sei vergewaltigt worden. Die Zustände im „Cutenputz“, der Kneipe der Reichstagsjournalisten, wo die Speisen den Berichterstattern zu weit höheren Preisen verkauft werden, als unten im Reichstags-Restaurant den Volksvertretern, diese Zustände und noch manche andre Mißstände geißelte Genosse Ledebour; am Ende seiner Ausführungen ermahnte — fast im Moment, als der Redner von Prinzenbesuchen sprach — Prinz Heinrich von Preußen, Bruder des Kaisers, in der Hofloge; Graf Stolberg, der am Beginn der Sitzung dem verstorbenen Exminister Delbrück einen leidlich stilisierten Nachruf gewidmet hatte, eilte herauf und machte die vom Hofzeremoniell vorgeführten Verbeugungen.

Nach Beendigung des diätenlosen Reichstagssetz wendete sich das Haus dem Etat des durchaus nicht diätenlosen Reichskanzlers zu. Zu diesem Etat liegt eine Resolution Barth-Müller-Sagan auf Neueinteilung der Wahlkreise vor.

Dr. Spahn fragte beim Reichskanzler an, ob er nicht hold in die so oft vom Reichstag beschlossene Aufhebung des Jesuitengesetzes willigen werde. Nun, Bernhard Pöhlert ist kein Unmüßig; zwar das ganze Jesuitengesetz will er korrigiert noch nicht aufheben, aber er läßt mit sich reden: die Jesuiten, die deutsche Staatsbürger sind, sollen fürder nicht mehr aus-

gewiesen werden dürfen. Gegen die Diätenforderung dagegen gedenken Reichskanzler und Bundesrat auch in Zukunft noch ihr Ohr zu verstopfen; die deutschen Fürsten, führte Wilow aus, wollen nicht in eine „entscheidende“ Verfassungsänderung willigen. Dr. Spahn „dankte“ dem Reichskanzler für sein Jesuiten-Zugeständnis; der hoffnungsbolle Nepot und hoffnungslose Hausmeier-Apirant Herbert Wismar sprach seinen Segen über die Diätenverminderung, an die dagegen Herr Vajfermanns vertrauensvolles Gemüt zu glauben sich weigert. Eine scharfe Abrechnung mit dem amtierenden Kanzler und dem Exkanzler nahm Genosse von Bollmar vor, der den wahren Grund der Diätenfeindschaft der Junker und Junkergenossen aufdeckte: die Hoffnung, bei günstiger Gelegenheit einmal für die Diäten die heiß ersehnte Wahlrechtsverschlechterung einzuhandeln.

Nicht ohne Geist und Witz begründete Dr. Barth die Notwendigkeit einer Neueinteilung der Wahlkreise. Nachdem Richter dann noch Fürst Bismarcks Diäteneigenschaft nicht übel abgeführt und Sasse, der Aldeutsche, über das Jesuitenzugeständnis gezeckert hatte, wurde gegen 5 1/2 Uhr die Fortsetzung der Beratung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. —

Der Fall Böhning im preussischen Abgeordnetenhaus.

Bg. Berlin, 3. Februar. Am Dienstag kam der Finanzminister Jehr. von Rheinbaben dazu, in einer langen Rede — beim Etat der indirekten Steuern — eine Verteidigung seines Verhaltens in dem für die preussische Bureaucratie so blamablen Fall Böhning zu versuchen. Herr Lehmann hat es ihm am Freitag im Reichstag bei der Poleninterpellation angetan, aber der Minister rechnete es sich selber hoch an, daß er im Reichstage zu diesen Angriffen geschwiegen habe, und der Beifall der reaktionären Mehrheit des Abgeordnetenhauses unterstützte ihn, als er es „eine Beinträchtigung der Rechte dieses hohen Hauses“ nannte, wenn er es um den Genuß seiner Rede gebracht und den Reichstag beborgt hätte. Herr von Rheinbaben hat nach eigenem Geständnis so lange schon diesen Augenblick der Rede herbeigesehnt, daß die paar Tage Aufschub dabei nicht mehr in Betracht gekommen sind. Seine Verlegenheit ist dem Armen durch die Unmöglichkeit verbittert worden, Herrn Böhning sofort zu antworten. Denn er hätte sich dann in eine Krespolemik mit dem gemäßigteren Beamten einlassen müssen und seiner keuschen Ministerseele, die nichts vom Reptilienfonds und der oifizösen Presse weiß, widerströbte es, so die Gebräuche des Mandarinentums zu verletzen, dem der entlassene Beamte Luft ist.

Nach dieser vielversprechenden Einleitung kam der Minister auf die Sache selber zu sprechen. Hier war sein Bestreben in erster Linie darauf gerichtet, die öffentliche Meinung zu beruhigen. Nichts hat so heilsam aufgemacht, als die von Herrn Böhning unter Beweis gestellte Behauptung, daß seine Verlobung mit der Feldwebeltochter von Magregelung bemerkt habe. Herr von Rheinbaben warf sich heute hoch und teuer, daß davon keine Rede sei, er habe eine Kränkung der Standesehre der Subalternen um sich herum nie in den Sinn gekommen. Es gibt nur einen Kastengeist, der versichert dieser Minister, der unter Ausdruck des reinsten Corpsgeistes ist, daß seine Worte für bare Münze genommen werden können, so die unbedeutsame Feldwebeltochter bei der Verlobung der Minister die wirklichen Gründe der Böhning'schen Andeutungen über „gewisse Dinge lokal“ sind, die das Verbleiben Böhning's in Polen verhindern könnten. Herr Böhning wird mit voller Sicherheit zu können, daß der Minister deutlicher wird, was hinter diesen Andeutungen steckt, als die Minister, die sich so leichtfertig über die Angelegenheit geäußert haben. Dann aber ist der Grund: Herr Böhning ist gemäßigter worden, er hat die Außenpolitik der Regierung passiven Widerstand geleistet.

Zunächst machte er die Andeutungen über „gewisse Dinge lokal“, die das Verbleiben Böhning's in Polen verhindern könnten. Herr Böhning wird mit voller Sicherheit zu können, daß der Minister deutlicher wird, was hinter diesen Andeutungen steckt, als die Minister, die sich so leichtfertig über die Angelegenheit geäußert haben. Dann aber ist der Grund: Herr Böhning ist gemäßigter worden, er hat die Außenpolitik der Regierung passiven Widerstand geleistet.

Zum Erweise der Verantwortung öffnete der Minister seine Akten. Was hat er seinen Kollegen des Gemäßigten nicht alles angetragen: ein offenes Wort, das hier gefallen, eine mündliche Neußerung, die da gemacht worden ist. Aber diese Neußerungen können Herr Böhning nur zur Last gereichen. Es sind ausnahmslos Böhning, in denen es eine aufrechte, grade Gesinnung kündigt. Herr Böhning verurteilt die kindische Verfolgung der politischen Gegner; er sagt: die Polen sollen sprechen, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist; er nennt die Verurteilung des Sakatismus durch die Regierung eine Dummelei und — das ist sein Hauptverbrechen — er weigert sich die Verurteilung zu verlesen und auf Ansuchen eines Landrats in Frankfurt einen polnischen Steuerbeamten zu zwingen, gegen die Uebersetzung zu wählen. Diese männliche Unerschrockenheit mag allerdings nicht nach dem Geismat des Herrn

schon haben sein, der von seinen Untergebenen verlangt, daß sie springen wie von oben gepflügt wird — aber um das Deutschtum in den Ostmarken stände es sicherlich besser, wenn es mehr Löhnungs unter den Beamten gäbe und weniger gefügige Werkzeuge. Durch die Erklärung des Herrn von Rhein haben sich die politische Seite des Falles Löhnung noch mehr als bisher in den Vordergrund gehoben, und diese wird sobald nicht von der Tagesordnung verschwinden. Die Mehrheit des Abgeordnetenhauses freilich stimmte dem Finanzminister rückhaltlos zu. Graf Limburg-Stirum hatte ihm höchstens vorzumerfen, daß er — zu demokratisch sei, denn Beamtenklassungen seien ein Vorrecht der Krone und über jede Kritik der Abgeordneten erhaben. Die Worte des konservativen Führers wirken um so förmlicher, wenn man sich an das Geschrei der Konservativen über die Maßnahme der kanalgewerkschaften Landräte erinnert. — In der Bekämpfung des wehrlosen Löhnungsal sich besonders der Zeitungsgesellenrat von Zedlitz hervor. Aber auch Herr Dr. Sattler blieb nicht weit hinter dem Seitartikler der „Post“ zurück, indem er höchst unartige Späße über die Heirat des alternden Mannes mit der jungen schönen Dame machte.

Die Verteilung Löhnungs lag in den Händen des freimüthigen Parteiführers Rindler, dem der Zentrumsabgeordnete Kirich eine sehr laue Unterstützung gewährte. Herr Rindler stellte fest, daß alle Angaben des Löhnungsgesellenrates sich als richtig herausgestellt hätten und daß auch die Verlobung als Grund für die Benennung zunächst von maßgebender Seite genannt worden sei.

Morgen Geschäfts- und Trauungen. —

Vom Venezuela-Fiasco.

Nach einer Laffan-Depesche aus Washington teilte Mr. Bowen, der amerikanische Gesandte in Venezuela, den Vertretern der verbündeten Mächte mit, er wolle ihnen einen Monat lang die von ihnen dauernd verlangten 30 Prozent der Zolleinnahmen zugestehen, falls sie einwilligen, daß in Zukunft auch die andern Staaten einen Anteil an den Einkünften erhalten. Dieser Vorschlag Bowens erfolgte, weil die Vertreter der verbündeten Mächte geäußert hatten, er ziehe nicht in Betracht, daß die Ehre der verbündeten Mächte bei ihrem Beitritt auf der Forderung der Vorrangbehandlung in gewissen Grade engagiert sei. Bowen antwortete darauf, wenn das eine Garantfrage sei, so schlage er vor, die verbündeten Mächte sollten für kurze Zeit die gesamten Zolleinnahmen erhalten, dann solle das von ihm vorgeschlagene Verfahren Platzgreifen.

Nachdem die verbündeten Mächte Deutschland, Italien und England einmal die gedanzene Fahrt in Bewegung gesetzt haben, wird wohl nichts andres übrig bleiben, als die Vorschläge Bowens anzunehmen.

In der Praxis kommen diese Vorschläge darauf hinaus, daß die Anwartschaft für die deutschen, englischen und italienischen Gläubiger in nicht weniger als sechs Jahren endlich erfüllt sind. Was lange dauern wird — jedoch. Um innerhalb 6 Jahren für die Firma Krupp, die Eisenwerke in den von die Schuldner einzureichen, mußte das Blut deutscher Soldaten vergossen werden.

Willing widerstandslos lauten die Meldungen über die Stellung, die Präsident Caffro gegenüber der Forderung der Gläubiger einnimmt. Nach einer Laffan-Meldung hat er sich in einem Kabinetsrat an Bowen der Annahme der Vorrangbehandlung auf andre Länder widerlegt. Nach einer Meldung des „New York Herald“ hat Caffro in einer Unterredung mit einem Berichterstatter des Times geäußert, die französischen, italienischen und belgischen Forderungen seien vor europäischen Gerichtshöfen behandelt worden und seien dort Vorrangrechte erhalten. Die man nicht übergehen kann. Eine erste Meldung hängt wahrscheinlich.

Aus Willemstad wird dem „New York Herald“ gemeldet, daß 15 englische Meilen südlich von Caracas zwischen den Regierungsmilitären und den Aufständischen eine Schlacht im Gange ist. Ueber den Ausgang des Kampfes liegt noch keine Meldung vor. Man glaubt aber, daß die Aufständischen von allen Seiten verdrängt werden. — Danach sind also nach gewöhnlicher Vorherseher der verbündeten Mächte in Sicht. —

Bei dem Reich, den die Vertreter der Mächte an dem Tag dem Gesandten Bowen abstrahieren, welches der britische Gesandte Lord Herbert eine Depesche vom britischen Vizekönig des Anamritagen, Lord Sandhurst, worin die Krone nicht erfüllt wird, den Vorschlag herabzusetzen. —

Die Krone hat nicht erlassen, vorausgesetzt, daß die von dem Kaiser 20 Prozent und die andern Gläubiger 30 Prozent erhalten. Bowen lehnte die Forderung ab, daß die Mächte nicht mehr als 20 Prozent erhalten. —

Die Krone hat nicht erlassen, vorausgesetzt, daß die von dem Kaiser 20 Prozent und die andern Gläubiger 30 Prozent erhalten. Bowen lehnte die Forderung ab, daß die Mächte nicht mehr als 20 Prozent erhalten. —

Deutschland.

Berlin, 4. Juni. Die sieben angedeuteten Kammer des Reichsgesetzblattes enthält die Bestimmungen über den internationalen Arbeitsvertrag vom 24. Januar 1897, und die Bestimmungen, betreffend den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Erzeugnissen, Sicherheitsbestimmungen. Subventionen an die Eisenbahn. —

Der Reichstag hat der amtliche Jahresbericht über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete im Jahre 1901/02 zu. —

über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete im Jahre 1901/02 zu. —

Die deutschen Fürsten gegen Diäten. Wir können uns nicht verlagern, an dieser Stelle noch besonders darauf aufmerksam zu machen, daß Graf Bülow gestern im Reichstage laut unserm Parlamentsbericht erklärt hat, er könne sich der Zweckmäßigkeit einer Gewährung von Diäten „absolut nicht verschließen“. Aber die Fürsten wollen nicht auf die Diäten eingehen.

Diese Mitteilung des Reichskanzlers ist sehr interessant. Sie beweist, wie die deutschen Fürsten, diese 22 Landesväter, über die Volksvertretung denken. Noch interessanter ist freilich, daß die Parlamente der Einzelstaaten den Fürsten bereitwillig Millionen als Gehalt für die Tätigkeit des Regierens bewilligt haben. Es wäre angebracht, wenn das deutsche Volk in die Volksvertretungen nur noch solche Leute wählt, welche über die Millionen-Einkünfte der Fürsten nicht anders denken wie die Fürsten über die geringfügigen Lohngelder der Abgeordneten, deren Zweckmäßigkeit sich der völlig machtlose „leitende Staatsmann“ nicht verschließt. —

Estüberschreitungen. In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Dienstag bei der Beratung des Post- und Telegraphen-Verwaltungsetats, welcher die großen Estüberschreitungen, die sich auf rund 10 Millionen Mark belaufen, fassen. Die Budgetkommission erwiderte, daß die Überschreitungen für die Post- und Telegraphen allein 4,8 Millionen und für die Verwaltung der Fernsprechstellen 2,5 Millionen Mark betragen haben. Die Reichstags-Delegation der Regierung etwas auf die Kosten solcher „Überschreitungen“ sich nicht mehr als in jeder Hinsicht unermesslich wiederholen. —

Zum Kaiser befohlen. Präsident Graf Ballewitz hat in dringenden Angelegenheiten nach seiner Heimat reisen müssen und konnte heute — so lassen sich bürgerliche Kreise von gestern aus Berlin schreiben — den Vorsitz im Reichstage nicht führen. Er hatte schon am 27. Januar abreisen wollen, wurde aber zum Kaiser befohlen und mußte seine Abreise aufschieben. —

Reichstag hat Wilhelm 2. kein Recht, einen Reichstagspräsidenten zu sich zu „beziehen“. Für das neue Reichstagsmitglied dürfte freilich des Kaisers Wunsch Befehl sein. —

Der liegende Gerichtsstand der Presse. Gegen den Denkwürdigen „Neuen Alboten“ in Göttingen ist eine Verleumdungsklage anhängig geworden wegen der Äußerung der Presse, die Professor Dr. Kellner in der in Göttingen erscheinenden „Festschrift“ über die Verhältnisse der Presse, das eine Münchener ultra-conservative Zeitung über seine Rede in der Münchener Versammlung von Freunden des 50. Jahrestages brachte. Der Kläger — der sich jetzt mehrere Wochenlang in der hiesigen Zeitung — ist in München, dem Anwalt in Göttingen, der Beklagte in Göttingen, dessen Anwalt in Göttingen; die Klage aber ist eingereicht beim königlichen Amtsgericht in Göttingen. —

Das Anlaß der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz. Die Reichstagskommission hat den Entwurf eines Krankenversicherungsgesetzes, welches die Krankenversicherung für die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Industrie- und Gewerbebetrieben umfaßt, dem Reichstagspräsidenten zur Beratung vorgelegt. Die Reichstagskommission hat den Entwurf dem Reichstagspräsidenten zur Beratung vorgelegt. Die Reichstagskommission hat den Entwurf dem Reichstagspräsidenten zur Beratung vorgelegt. —

Ausführungsgezet zum Reichstempelgesetz. Der Entwurf eines Ausführungsgezetzes zu dem Reichstempelgesetz, betreffend die Befreiung gemeinnütziger Krankenhäuser vom 30. Juni 1897 liegt dem Reichstagspräsidenten vor. Es wird heute die Abfertigung über das Reichstempelgesetz hinaus und die Befreiung gemeinnütziger Krankenhäuser eingeleitet, z. B. die Befreiung von Steuer, Schenkung, Erbschaft. —

Im Deutschen Landwirtschaftsrat machte am Dienstag Graf von Oldenburg, ein Abgeordneter, dem Reichstagspräsidenten, an dessen Spitze Graf Schwerin, die Befreiung gemeinnütziger Krankenhäuser von Steuer, Schenkung, Erbschaft. —

Der Kaiser hat wieder gezeichnet. Eine Depesche hat der Kaiser dem Reichstagspräsidenten geschickt, in welcher er die Gegenüberstellung der englischen und deutschen Reichstagspräsidenten, sowie die Befreiung gemeinnütziger Krankenhäuser von Steuer, Schenkung, Erbschaft. —

Der Einbruch von kurzer Dauer. In dem Reichstagspräsidenten hat der Reichstagspräsident eine Depesche geschickt, in welcher er die Gegenüberstellung der englischen und deutschen Reichstagspräsidenten, sowie die Befreiung gemeinnütziger Krankenhäuser von Steuer, Schenkung, Erbschaft. —

Der Einbruch von kurzer Dauer. In dem Reichstagspräsidenten hat der Reichstagspräsident eine Depesche geschickt, in welcher er die Gegenüberstellung der englischen und deutschen Reichstagspräsidenten, sowie die Befreiung gemeinnütziger Krankenhäuser von Steuer, Schenkung, Erbschaft. —

Der Einbruch von kurzer Dauer. In dem Reichstagspräsidenten hat der Reichstagspräsident eine Depesche geschickt, in welcher er die Gegenüberstellung der englischen und deutschen Reichstagspräsidenten, sowie die Befreiung gemeinnütziger Krankenhäuser von Steuer, Schenkung, Erbschaft. —

Der Einbruch von kurzer Dauer. In dem Reichstagspräsidenten hat der Reichstagspräsident eine Depesche geschickt, in welcher er die Gegenüberstellung der englischen und deutschen Reichstagspräsidenten, sowie die Befreiung gemeinnütziger Krankenhäuser von Steuer, Schenkung, Erbschaft. —

Der Einbruch von kurzer Dauer. In dem Reichstagspräsidenten hat der Reichstagspräsident eine Depesche geschickt, in welcher er die Gegenüberstellung der englischen und deutschen Reichstagspräsidenten, sowie die Befreiung gemeinnütziger Krankenhäuser von Steuer, Schenkung, Erbschaft. —

noch mit, daß der zuständige Superintendent die Einsegnung abgelehnt und der Generalintendant die Ablehnung bestätigt hat. Würde „ein nervöser Kollaps“ den Landrat in den Tod getrieben haben, so würde es den sonderbaren Dogmen der Kirche natürlich nicht widersprochen haben, den Mann mit kirchlichem Gepränge zu bestatten. —

Die Schulen in Trafehnen. Der Abgeordnete v. Zedlitz (freikons.) hat im Abgeordnetenhause zur zweiten Beratung des Etats der Gesundheitsverwaltung den Antrag gestellt, die k. k. Staatsregierung aufzufordern, die Gesundheits-schulen für das Hauptgeleit Trafehnen baldigt in öffentliche Volksschulen umzuwandeln. — Ohne einen Umbau der Schulen nutzt diese formelle Aenderung natürlich gar nichts. —

Zur Enteignung von Grundeigentum hat der Abg. Dr. Eckels mit Unterstützung der national-liberalen Partei im Abgeordnetenhause eine Abänderung des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 beantragt. In dem von den National-liberalen empfohlenen Antrage heißt es u. a.:

Ist das Enteignungsrecht durch königliche Verordnung oder durch reichsrechtlichen Beschluß des Reichsausschusses verliehen, so kann der Bezirksausschuß nach beschützender Rechtskraft des Planstellungsbeschlusses die Zwangsmaßnahme des nach Maßgabe des Beschlusses für das Unternehmen in Anspruch genommenen Grundbesitzes gegen Sicherheitsleistung gestatten. Die Höhe der zu leistenden Sicherheit ist in Rücksicht auf den Nachteil zu bestimmen, welchen der Grundeigentümer erleiden kann, falls demselben das im Enteignungsverfahren demnachst festgestellte Äquivalent oder die im nachstehenden Absatz 3 vorgesehene Entschädigung nicht gezahlt werden sollte. Dem Grundeigentümer ist vom Tage der Zwangsmaßnahme des Grundbesitzes bis zur Vollziehung der Enteignung angemessene vom Bezirksausschuß in dem vorgedachten Beschluß festzustellende Entschädigung für die entzogene Nutzung des Grundbesitzes zu gewähren und vierteljährlich im Voraus zu zahlen. —

Um das Wohl der Grundeigentümer sind also die National-liberalen sehr besorgt! —

Polnische Mehrheit in Konig. In der Stadt des „Ritual“-mordes haben bei den Stadtverordnetenwahlen, welche Ende Januar stattfanden, nach der „Dtsch. Tagesztg.“ die Polen die Mehrheit erlangt. Wie das agrarische Blatt behauptet, haben sämtliche Juden für die Polen gestimmt. Das ist kein Wunder, da die „nationalen“ Parteien die Juden der Ermordung des Knaben Winter beschuldigten. —

Die Ehefrau des sächsischen Kronprinzen hat mit Andree Giron am Dienstag Mentone verlassen und ist nach Genf zurückgefahren. Der Grund zur Abreise ist darin zu suchen, daß Maitre Lachenal, der schweizerische Rechtsbeistand der Prinzessin, sie unter dringenden Vorstellungen herufen hatte. — Die Abreise der Kronprinzessin Luise und Giron erfolgte plötzlich trotz der offenkundigen Indisposition der Prinzessin. Sie ließen ihre Koffer und ihre Effekten in größter Unordnung im Hotelzimmer zurück. Der Eigentümer des Hotel Anglais, Arbocast, erklärt, daß er über die unerwartete Abfahrt des Paares ganz erstaunt sei. Giron hätte wohl gestern angedeutet, daß die Prinzessin demnachst allein nach Salzburg reisen werde, über die Motive dieser gemeinsamen Reise verweigerte er aber jede Auskunft. Arbocast versichert, daß Giron Auftrag gab, ihm die eintreffenden Briefe im Hotel Anglais anzubewahren, da er möglicherweise in dieses Hotel zurückkehren werde. Die Polizei hat nach Genf und Lyon große Instruktionsdepeschen geschickt. —

Das württembergische Abgeordnetenhause nahm die Volksschulnovelle nach dem Regierungsentwurf an, welcher an der geistlichen Ortschulaufsicht festhält. — Unsern Genossen gelang es also nicht, die Aufsicht der Geistlichen über die Schulen, die Verlastigung der Lehrer durch die Geistlichen und die Verfrömmung des Unterrichts, welche die Schulbildung schädigt, zu beseitigen. —

Frankreich.

Jaurès über die politische Situation in Deutschland. In der neuesten Nummer der „Revue Republique“ berichtet Jean Jaurès in einem Artikel „Die deutsche Krise“ die Mächte von Berlin und Wien. Er stellt beiden volle Anerkennung und, nachdem er die macklenburgischen Stellen aus Weibels Rede mitgeteilt, kommt er zu folgendem Schluß:

„Dieser Zustand einer heftigen Spannung kann auf die Dauer nicht dauern. Entweder der Kaiser muß auf diese Anstände gegen den Sozialismus und die Sozialisten verzichten und seine innere Politik in einem mehr populären und mehr liberalen Sinne führen oder er muß bis zu einer Art Staatsstreich, bis zur Verhängung des allgemeinen Wahlrechts gehen. Welches sind die Chancen einer solchen Zukunft?“

Jaurès schließt an, daß er versuchen werde, diese Frage in weiteren Artikeln zu beantworten. —

Belgien.

Den Beschlüssen der internationalen Zoller-Konferenz sind nunmehr sämtliche Regierungen, die an derselben teilgenommen, wie aus Brüssel berichtet wird, beizutreten. Von der österreichischen, italienischen und englischen Regierung liegen die Zustimmungserklärungen in letzter Stunde ein. —

Italien.

Die soziale Reform. In der letzten Sitzung des Reichstages hat für das neue Gesetz über die Ausführungsbekanntmachungen für das Gesetz betreffend die Gewerbe- und Handwerksbetriebe, sowie die Beschlüsse der Kommission zur Herstellung der Verhältnisse der Arbeiter in der Sozialversicherung. Eine parlamentarische Kommission ist zur Zeit damit beschäftigt, das Gesetz über die öffentlichen Arbeiten zu überarbeiten. Eine Kommission ist damit betraut, Bestimmungen über die Ausübung der Selbstrechte zu treffen. Eine andere Kommission des Reichstages hat die Aufgabe, das Gesetz betreffend die Arbeitsverträge durchzuführen. Dies letztere ge-

Deutscher Reichstag.

(249. Sitzung.)

Berlin, 3. Februar.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowski. Vizepräsident Graf Stolberg widmet dem im Alter von 86 Jahren verstorbenen Staatsminister Dr. v. Delbrück einen Nachruf.

Alsdann beginnt die

zweite Lesung des Etats

mit dem Reichstagsetat.

Abg. Dr. Pachnide (Freif. Vgg.) betont die Notwendigkeit eines Kommentars zu der durch die Dezemberkammer arg verunstalteten Geschäftsordnung des Reichstages, deren gängliche Revision sich auf die Dauer nicht vermeiden lassen werde.

Abg. Singer (Soz.): Eine Revision der Geschäftsordnung durch diesen Reichstag kann nur zu einer weiteren Verschlechterung führen.

Abg. Dr. Wachtel (Centr.): Die Aenderung der Geschäftsordnung bedeuete nicht etwa eine Vergewaltigung der Minderheit, sondern nur einen Schutz der Mehrheit vor einer Vergewaltigung durch die Minorität.

Abg. Singer (Soz.): Dem Vorredner ist ein Wort entschlüpft, das die gegenwärtige Situation so recht kennzeichnet. Das ist eben jetzt das Unglück, daß wir einen Präsidenten der Mehrheit, nicht mehr einen Präsidenten des ganzen Hauses haben.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freif. Vp.) tritt für die Verbesserung der Reichstagsprotokolle, Reichstagsdiener und so weiter ein.

Abg. Ledebour (Soz.) verlangt entschieden die Aufhebung der von Abg. Singer erwählten Präsidialverordnung, verlangt Vermehrung der Schreibgehilfen, die nicht bloß auf die normale Präsenzliste von 30-40 Abgeordneten (Weiterkeit) be-

rechnet sein dürfen, häufigeres Anklappen des Teppichs des Sitzungsraumes und Milderung des grellen elektrischen Lichtes. Medner bespricht dann die unwürdigen Zustände und unerhöhten Preise in dem Restaurant der Journalisten, dem sogenannten „Entenpfluß“.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Bedt-Hoburg (Freif. Vp.) und Dr. Dertel (Konj.) über die Ausschmückung des Reichstages wird der Etat des Reichstages bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichstanzlers. Die Abgg. Dr. Barth (Freif. Vgg.) und Dr. Müller-Sagan (Freif. Vp.) beantragen baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise.

Reichstanzler Graf Bülow: Den Zweckmäßigkeitsgründen, welche für die Gewährung von Anwesenheitsgeldern gemacht werden, wie Erleichterung der Auswahl geeigneter Kandidaten, besserer Besuch des Reichstages, verleihe ich nicht, lege denselben vielmehr erheblichen Wert bei.

Abg. Dr. Spahn (Centr.) dankt im Namen des ganzen Reichstages und der deutschen Katholiken dem Reichstanzler für diese Zusage, hofft aber, daß alsbald im Interesse des konfessionellen Friedens das ganze Jesuitengesetz fallen möge.

Abg. Waffermann (natl.) tritt für Sicherung des Wahlgeheimnisses ein, meint unter dem Widerspruch der Linken, daß die Zustimmung des Bundesrats zur Einführung von Anwesenheitsgeldern bald erfolgen werde.

Abg. Fürst Bismarck (wiltson): Reichstanzler Fürst Bismarck war grundgesetzlicher Gegner der Gewährung von Diäten, es sei denn in Verbindung mit einer völligen Neuorganisation des Wahlrechts.

die sozialdemokratische Parteifrage. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich gratuliere der Mehrheit des Bundesrats zu der Weisheit, mit der sie auf dem von ihr immer eingenommenen Standpunkt der Ablehnung der Diäten verharrt.

Abg. v. Boller (Soz.): Unjre Fraktion ist sehr von dem Dank des „ganzen“ Reichstages aus, den Herr Camp dem Reichstanzler für sein Zugeständnis in der Jesuitenfrage ausgedrückt hat.

Abg. Dr. Barth (Freif. Vgg.): Die Konserativen Parteien sind hier viel stärker vertreten, als der Zahl ihrer Anhänger im Lande entspricht. Es ist nur erklärlich, daß der Vertreter der Nationalliberalen über eine bestimmte Stellungnahme zu unserm Antrag hinwegzulenken sucht.

Abg. Richter (Freif. Vp.): Es ist falsch, wenn man es so darstellt, als ob die Diätenlosigkeit eine Bedingung für das Zustandekommen der norddeutschen Bundes- und Reichsverfassung gewesen wäre.

„Er nimmt kein Geld für seine Arbeit,“ sagte er, „welche, wie es schien, ganz entzückt über die zierlich und gelehrten Sittenprüdie war, die fliegend über ihr gelehrtens Mietsmannes glitten.“

Fenilleton.

Kenilworth.

Roman von Walter Scott.

Aus dem Englischen überetzt von C. von Hohenhausen, durchgesehen und bearbeitet von J. Federsant-Weber.

(43. Fortsetzung.)

„Mit andern Worten,“ sagte Treffilian, „er war ein Quacksalber und gemeiner Verrüger; aber was hat denn das alles mit meinem Klepper und seinem verlorenen Hufeisen zu tun?“

„Mit Eurer verehrten Erlaubnis,“ erwiderte der Gelehrte, „das sollt ihr jegliche erfahren, patencia mein Wort, dies Wort ist, wie unser Marcus Tullius sagt, difficilium rerum diurna perpassio. Dieser Demetrius Dohobie, nachdem er im Lande seine Kunst ausgeübt hatte, wie ich Euch gesagt habe, fing an auf inter magvates, unter den ersten im Lande zu erhalten, und es ist wahrscheinlich, daß er es zu hohen Dingen gebracht hätte, wäre nicht, wie das Gerücht geht (denn ich will nicht sagen, daß ich davon überzeugt bin), in einer dunkeln Nacht der Teufel gekommen und mit Demetrius davongeflogen, um sein Recht geltend zu machen; seitdem hat niemand wieder etwas von ihm gehört noch gesehen.“

obshon, mein Verehrtester, die Welt immer geneigt ist, solchen Unwürdigen Gehör zu schenken, welche in Wahrheit saltem banqui und charlatani sind, die die Weisheit und Gelehrsamkeit der Ärzte mißbrauchen, so war doch, was dieser arme Gaukler Wayland unternahm, zu stark, als daß es hätte gelingen können, auch gab es keinen Bauer oder Dorfbewohner, der ihn nicht in dem Sinne des Versus angeredet haben würde, obgleich in seinen eignen rohen Worten:

Diliis Helleborum, certo compossere puncto, Nescius examen? votat hoc natura medendi;

welches in einer unbedeutenden Uebersetzung von mir also lautet:

Willst du michden Helleborum, ohne daß du weißt Wie viel Körner sollen in der Mischung sein. Es verbietet dir dergleichen, Kunst der Arzenei.

Ueberdem verhinderte der läble Ruf des Herrn und sein sonderbares und zweifelhaftes Ende oder sein plötzliches Verschwinden auch jedermann, die tollsten Waghähle etwa ausgenommen, Rat oder Hilfe bei dem Diener zu suchen. Der Arme wäre also Hungers gestorben, aber der Teufel, der mit ihm ist seit dem Tode des Demetrius oder Dohobie, gab ihm bald neue Mittel, um Geld zu verdienen.

„Wo wohnt er?“ sagte Treffilian. „Beklagt er wirklich die Pferde so gut?“ Zeigt mir doch zugleich seine Wohnung.“

Diese Unterbrechung gefiel dem Magister nicht, welcher ausrief: „O caeca mens hominum! obgleich ich mich bei Gelegenheit schon früher dieses Worts bedient, so wollte ich doch wünschen, daß mir die Magister eine Semenz verleihe, die mächtig genug wäre, diejenigen aufzuhalten, die so bereitwillig in ihr eignes Verderben rennen.“

„Ruhig,“ sagte er, „Nutter Stidje, seid ihr nicht zufrieden mit Eurer Stellung nicht. Erlaubt mir, daß ich Euch ein anjerm würdigen Gast erkläre.“

„Und das ist ein gewisses Zeichen, daß die alte Frau zu tun hat,“ sagte Frau Stidje; „ich werde mir Christi wird sich weigern, den Lohn seiner Diener zu zahlen.“

„Die alte Frau hat es wieder gemacht,“ sagte der Pädagog, „rem acu tetigit. Sie hat die Hand auf den Kopf getroffen. Dieser Wayland nimmt sich nicht an und läßt sich auch vor niemand sehen.“

„Und kann dieser Verrückte noch weiter gehen?“ sprach der Reisende, „dabei ist er so gut berichtigt?“

„O Sir, darin muß man sich nicht zu sehr verhalten. Muldiber selbst mit allen seinen Tugenden würde es schwerlich besser machen, wie er. Also warum es ist nicht gut getan, von jemand Hilfe oder Rat anzunehmen, der offenbar nur dem Urheber alles Bösen in Verbindung steht.“

„Ich muß es doch wagen,“ sagte der Magister. „Moin Pferd wird nun das Seinige verzeihen haben, und so will ich Euch für Eure gute Bemerkung danken und bitten, mich nach der Wohnung dieses Mannes zu weihen, damit ich die Mittel erhalte, meine Reise fortzusetzen zu können.“

„Nun, so zeigt mir die Wohnung,“ sagte der Alte, die wahrscheinlich der Gast los sein wollte, wenn der Teufel treibt, den kann man nicht aufhalten.“

(Fortsetzung folgt.)

bestehen sind. Der Einwand, man dürfe die Verfassung nicht ändern, ist auch nicht stichhaltig. Sie ist 1888 geändert worden durch die Einführung der jährigen Wahlperiode. Die Aufforderung des Kaisers an die Arbeiter, den schlichten Mann aus der Werkstatt zu wählen, hätte gar keinen Sinn, wenn nicht die Absicht bestände, Diäten zu gewähren. (Beifall links.)

Hg. Dr. Gasse bebaut die Haltung der Regierung in der Familienfrage.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluss 5 1/2 Uhr. —

Freie „Hilfs“Kassen.

I.

b. Krankenkassen wie sie nicht sein sollen, entwachsen dem Boden kapitalistischer Profitgier alltäglich. Nachdem erst im vorigen Sommer und Herbst einige dieser Spejtes in die Luft geflogen sind, haben sich inzwischen die Herren General-Agenten bemüht, ihre Fürsorge für die Arbeiter, auf deren Großzucht es natürlich zunächst ankommt, weiterhin durch Gründung ähnlicher Kassen zu betätigen.

Die Gründer derartiger Einrichtungen erzielen neben dem „sozialen Zweck“ auch noch eine, wenn auch in keiner Beziehung beneidenswerte Ertrags. Denn erstens braucht man für diese Sorte Krankenunterstützung Agenten, die Mitglieder werden, zweitens General-Agenten, die auch Mitglieder werden und zum Teil die Aufsicht und Organisation der Agenturen besorgen, und drittens eine Verwaltung der ganzen Kasse, bei der abermals Gründer Aufstellung finden können. Man mißverstehe uns nicht; wenn das ganze organisatorische Gebäude einer sozialen Notwendigkeit entspräche, wenn wirklich diese Kassen den Zweck erfüllen und im Interesse ihrer Mitglieder die Beiträge dazu verwenden, dem erkrankten Arbeiter in den schweren Tagen wirtschaftlich zu helfen, den erkrankten Körper durch eine verlässliche Pflege und Hilfe gesund zu machen, so hätten wir gewiß nichts dagegen einzuwenden, daß ein Teil der geleisteten Beiträge zu Verwaltungszwecken verwendet wird, obwohl wir wissen, daß die Arbeiter besser daran täten, die vorhandenen Krankenkassen derart auszubauen, daß sie darin genügenden Schutz in Erkrankungsfällen fänden. Aber das Geschäftsgebahren der überwiegenden Mehrzahl dieser Krankenkassen zwingt uns, ihre Tätigkeit einmal im Interesse der beitragszahlenden Arbeiter einer öffentlichen Kritik zu unterziehen.

Die Mehrheit dieser über ganz Deutschland verbreiteten Zentral-Krankenkassen hat in ihrem Statut die Bestimmung, daß der Ausschluss des Mitglieds erfolgen muß, beim Wegfall einer der Hauptbedingungen des Mitglieds bedingenden Voraussetzung, insbesondere, wenn in dem zur Aufnahme erforderlich gewordenen Fragebogen objektiv unrichtige Angaben verzeichnet sind, vorherige Krankheit, unter welcher jede Veränderung des Gesundheitszustandes, eintreife, ob damit Erwerbsfähigkeit verbunden, bezw. im jedesmaligen Falle ärztliche Hilfe zu Hause gezogen war oder nicht, verzeichnen bezw. unrichtig angegeben wurde.

Man beachte, jede verschwiegene oder unrichtig angegebene „Veränderung“ des Gesundheitszustandes, welche nicht in dem Statutenwerk vermerkt bzw. richtig angegeben ist, genügt, um das betreffende Mitglied auszuschließen. Gewöhnlich fällt nun der betreffende Agent dem Ausschlussamt aus. Dieser hat natürlich ein Interesse daran, daß nichts hinein kommt, was etwa die Aufnahme erschweren könnte, denn dann geht ihm ja seine Provision verloren. Er wird bei der Ungläubigkeit der Arbeiter selten jemand finden, der seine Angaben wahrprüf, und so schlägt er zwei Fliegen mit einer Klappe: erstens ergibt er die Aufnahme, zweitens ist er über die Gesundheitsuntersuchung des Aufzunehmenden orientiert. Entspricht nun später das Mitglied, so — stellt sich heraus, daß er gegen die obigen Bestimmungen verstoßen hat und — ein Ausschluss erfolgt. Er hat unrichtig bezahlt, vergeblich gehofft, daß er in Zeiten der Krankheit an dieser „Krankenkasse“ eine Stütze finden werde. Und er hat nicht wenig bezahlt! Zunächst muß er 2 Mark Aufnahmegelder an den verantwortlichen Agenten zahlen. Dann waren 50 Pf. „Einschreibegelder“ — wahrscheinlich für den General-Agenten — zu zahlen. Demnach müssen vorzunehmende die Beiträge bezahlt werden. Bei diesen Beiträgen nicht bis zum 20. des laufenden Monats einzahlen, so wird ausgeschlossen, d. h. ausgeschlossen: wenn er krank ist! Im andern Falle hat man Langmut. Das angelegentlich zu vermeiden und mühsamen Arbeit die Bestimmung Geben, welche sich demnach herausfinden sind die Beiträge. Wenn der Arbeiter das Glas, Mitglied der „Sachl. Central-Krankenkasse“ und bezahlt, zu sein, so bezahlt er monatlich 20 Pf. — 50 Pf. Dafür werden ihm in Aussicht gestellt: 1. In jedem Krankheitsfall bei Krankheit mit Erwerbsfähigkeit 12 Wochen ein tägliches Krankengeld 4 Pf.; — in er nicht erwerbsfähig krank, so erhält er 10 Wochen Arzt und Heilmittel bis zu 1/2 des Krankengeldes gerechnet. Bei einem wöchentlichen Beitrag von 25 Pf. vom Krankheitsantritt ab bis in allem eine Unterstützung von 300 Pf.; — eine Unterstützung von 1 Pf. pro Tag bis 15 Wochen zu. Ferner, Arzt und Heilmittel bezahlt er selbst. Ferner wird der Krankheitsfall, d. h. bezugnehmend, der ist in jedem Krankheitsfall, Ferner mehr als die ganze Unterstützung ausbezahlt werden müssen, wenn er nicht danach noch Anspruch auf einen anderen Krankenkasse hat. Die Mehrzahl der Krankenkassen ist jedoch in höheren Klassen vergrößert und zahlen viele keine Wochenbeiträge bis zu 50 Pf., sondern je dem den Tag 2 Pf. zahlen. Auch diese Unterstützung wird ihnen gegeben, um die Gesundheit zu erhalten. Die Frage ist aber, wird die Unterstützung auch gegeben?

Soziales.

Gewerbliche Kinderarbeit.

Die Hamburger Handelskammer spricht sich — so schreibt die Volkstimme. Zeitf. f. prakt. Arbeiterv. — in ihrem Jahresbericht dagegen aus, daß bei der Durchführung des Gesetzes betr. die Beschränkung der gewerblichen Kinderarbeit das Eingreifen des Staates sich auch auf diejenigen Kinder erstrecken soll, die bei ihren eigenen Eltern Beschäftigung finden. Sie befürchtet, daß die elterliche Autorität dadurch untergraben würde, indem ein Gegensatz zwischen Eltern und Kindern geschaffen wird. Auch uns erscheint das Eindringen der polizeilichen Gewalt und Kontrolle als Mittel zur Bekämpfung der Ausschreitungen auf dem Gebiete der Kinderarbeit viel schädlicher als das Uebel, zu dessen Bekämpfung es angewandt werden soll; aber dem wäre leicht dadurch abzuwehren, daß nicht Schutzleute als Assistenten der Gewerbeinspektoren funktionsieren, sondern daß aus Arbeiterkreisen Leute herangezogen werden, welche als freiwillige Hilfskräfte im Dienst der Gewerbeinspektion die notwendige Kontrolle in den in Frage kommenden Betrieben übernehmen. Ähnliches geschieht ja jetzt schon von seiten der Krankenkassen, die Arbeiter als Krankenkassakontrollanten im Ehrenamt beschäftigen. —

Die Geschlechtskranken und die Krankenhäuser.

In Deutschland beobachten, wie wir der Volkst. Zeitf. f. prakt. Arbeiterv. entnehmen, die Krankenhäuser den Geschlechtskranken gegenüber vielfach eine Haltung, die angetan ist, die Geschlechtsleiden in die weitesten Kreise des Volkes zu tragen. Erst jüngst schrieb im „Freien Wort“ Herr Dr. Hanauer über diese Haltung folgende Zeilen: Die Krankenhäuser nehmen zumeist entweder Geschlechtskranke überhaupt nicht auf oder weisen denselben die schlechtesten, zu dauerndem Aufenthalt von Kranken völlig ungeeignete Räume zu und unterwerfen sie einer besonders strengen Disziplin, so daß die Kranken eher in einem Geängnis als in einem Hospital zu sein wähnen. So erklärt sich die Scheu der Sozialkranken vor den Krankenhäusern, und alle die nachteiligen Momente des Krankentafelwesens und der Krankenzusammenkünfte bewirken zusammen, daß, wie die Statistik beweist, die venereally Erkrankten im Vergleich zu den übrigen Krankenhaushäufigkeit während der letzten Jahrzehnte in den Hospitälern sehr wenig zunehmen. —

Rein „Leider“.

Sie nahmen unter entsprechender Charakterisierung Notiz von einem durch die Presse gehenden Zitat aus der „Arbeitever-Zeitung“. Dieses Zitat war aber nicht richtig wiedergegeben. Sie hat nicht bedauert, daß „leider keine Angehörige beim Hannover Weberstreik vorgetrieben sei“, sondern „daß die Tatsache, daß der Ausstand trotz seiner Dauer nirgends eine ernsthafte Ruhelinderung gezeigt habe, leider wenig unrichtig sei“. Diese kleine Scharfmacherei entspricht allerdings auch nicht den Tatsachen, immerhin muß aber konstatiert werden, daß diese Fassung weniger gebräuchlich ist, als die zuerst durch die Presse gezeichnete. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. Februar 1903.

Der „Segen“ der Jungungen wird wieder einmal trefflich illustriert durch die Abrechnung der Magdeburger Schutzmänner-Zunahme für das Jahr 1902. In Aus und Fremden derer, die immer noch der Meinung sind, die Jungungen seien gegenwärtig in den Zünften, lassen wir die in Erfahrung und Aufgabe verzeichneten Zahlen heraus kommen. Einnaehme: Gesamt 52,59 Mark, Steuerbeiträge 17,59 Mark, Beiträge von den Mitgliedern insgesamt 1359,15 Mark, Einbeiträge 11 Mark. Einnaehme insgesamt 1429,83 Mark. Die Ausgabe beträgt sich: für die Jahresversammlung 200 Mark, Junngungsbeitrag 50 Mark, Anwesen 29 Mark, Porto 38,58 Mark, Druckkosten 8,95 Mark, Kochkosten 8,30 Mark, Vorstandsgeld 867,50 Mark, Junngungsbeitrag für die Junngung 518 Mark, Geheilen-Reiseunterstützung 3 Mark, Grundsätzlich 10 Mark, Zehn Mark 11 Mark. Nach Abzug der Ausgabe von 1429,83 Mark verbleibt ein Reinertrag von 59,07 Mark. Diese Summe ist das Drittel der gesamten Einnaehme und als „Reinertrag“ für den Aufwand gezahlt und nur ein Bruchteil des 471,77 Mark, für welche Junngungsgeld, die zum großen Teil auch noch sehr problematische Zinsen sind.

Wir erinnern, daß sich die „Magdeburger“ die Gelegenheit nicht entgehen lassen wird und ihren Zorn und ihre ganze Empörung für eine demnächstige Vergebung von Vereinskasseneidgenossen in entsprechender Weise an den Mann bringen wird.

Denn nach der Rechnung mindestens eine gute Teil nachkommen kann, anzusehen wir, den Unterfuß von 59,07 Mark der Schuldnummer der Geheilen zur Durchführung des Beschlusses zur Verfügung zu stellen. —

Heber das schlechte Trinkwasser Magdeburgs.

Angesichts der Magdeburger in einer Zinnschiff an die letzten bürgerlichen Wähler gegen die R. R. sind demnach folgende Forderungen: Die Wasserwerkverwaltung dieses Ortes, welche Ende November ihrem Auftrag wohnt, nur auf von Reinertrag ein schließlich wieder zu übergeben, ist auf die geringe Ausführung der Werke und die Gefährdung des Wohlstandes der Junngung zu achten. Diese Vertreter werden der Gehalt am höchsten Stufen in Einklang mit den letzten 2 Gehältern, davon 1,5 Gehältern Reichlich im Jahr bei 30 Grad Hitze (Rein und Winter). Auch die entsprechenden (Schmutz-) Gesetze haben eine entsprechende Verantwortung zu übernehmen dem Reinertrag dem Reinertrag, der nur nach der Gehältern dem Reinertrag zu zahlen, aber die entsprechenden Gehältern dem Reinertrag zu zahlen, wenn man eine Probe des Wassers von Reinertrag entsprechenden Stufen bereitet, durch Endausgaben, Gießen usw., und wenn

man dann den Rückstand wieder in geeigneter Weise auflöst und mit reinem (destilliertem) Wasser auf die ursprüngliche Menge verdünnt, so schmeckt diese Flüssigkeit gerade so widerwärtig, wie vorher; nur der Geruch und der durch denselben bedingte Nebengeschmack waren durch die Vernichtung der Schmutzstoffe in Fortfall gekommen. Es kann hier bemerkt werden, daß unter den salzartigen Verunreinigungen nicht der Kochsalzgehalt allein den schlechten Geschmack des Wassers ausmacht; ganz wesentlich wird derselbe beeinflusst durch die aus den Kalzwerken abgeleiteten Endausgaben, welche selbst in der höchsten Verdünnung (1 zu 10 000) einen dem Elbwasser eigentümlichen widerlichen Nachgeschmack erkennen lassen.

Selbst wenn es also gelänge, durch nachhaltigere Filtration des Wassers alle organischen Verunreinigungen zurückzuhalten, so würde nach der Seite der Geschmacksverbesserung des Leitungswassers nichts zu erreichen sein. Dasselbe gilt von einer Ozonisierung des salzhaltigen Elbwassers. Ohne wesentlichen Vorteil wäre auch eine von beschriebener Seite vorgeschlagene Verlegung der Schöpfstelle auf das rechte Flussufer. Es ist ja allerdings richtig, daß zu Zeiten höherer Wasserstände ein merkbarer Unterschied in der Salzführung an beiden Ufern besteht, zu Gunsten des rechten. Aber gerade dann, wenn die Verschlechterung des Elbwassers überhaupt erst fühlbar wird, nämlich bei niedrigen Wasserständen, verschwindet der Unterschied mehr und mehr, bis er schließlich ganz aufhört. So wurden beispielsweise am 9. Dezember sowohl am linken Ufer (Wasserverk) wie am gegenüberliegenden rechten Ufer die gleichen Salzgehalte im Wasser festgestellt. Auch die organischen Verunreinigungen („Schmutzstoffe“) finden sich nahezu gleichmäßig über die ganze Flussbreite verteilt, und zwar selbst bei hohen Wasserständen, so daß also in Bezug auf diese Stoffe mit einer Verlegung der Schöpfstelle erst recht nichts gewonnen wäre. —

R. O.-Telegramme.

Von postalischer Seite aus wird das Publikum auf eine bemerkenswerte Bestimmung der Telegraphenordnung aufmerksam gemacht. Es kommt häufig vor, daß Telegramme wegen Abwesenheit des Adressaten an Vertreter abgegeben werden müssen. Durch die dadurch bedingte Verzögerung der Ausbringung des Telegramms an den Adressaten sind schon oftmals für Absender und Empfänger Verdrüßlichkeiten entstanden. Dies kann dadurch verhütet werden, daß derartige Telegramme mit der Bezeichnung R. O., d. h. rendre ouvert (offen zu besteuern), aufgegeben werden. Solche R. O.-Telegramme werden nicht verschlossen, sondern nur zusammengelegt und gestatten dem Vertreter, Einblick zu nehmen und etwaige Anordnungen zu treffen. —

Bürgerliche Reformer und der Alkoholismus.

Man schreibt uns: Am 31. Januar sprach Herr Dr. Friedberg an Veranlassung des Vereins „Magdeburger Jugendklub“ über die Wirkung des Alkoholmißbrauchs. Eine Zuhörerschaft von 7—80 Personen aller Kreise lauschte mit gespannter Aufmerksamkeit den Ausführungen des Redners. Durch gelungene Schilderung wurde der Vortrag wirksam unterstützt. Redner ging davon aus, daß unter den Gefahren, die das Volk bedrohen, der Alkoholismus deshalb eine wichtige Rolle spiele, da seine Folgen meist erst dann wahrgenommen würden, wenn beträchtliche Schäden bereits eingetreten seien. Dieselben betreffen zunächst das Individuum selbst, welches aus verschiedensten Gründen diesem Laster verfallt. Kummer und Sorge, Zwang der Umgebung, Unverständnis, gewisse Berufsarten, Mühsigkeit und erbliche Veranlagung können zur Trunksucht führen. Fast alle Organe des Menschen zeigen erhebliche Veränderungen durch den Alkoholismus, namentlich Leber, Magen, Herz, Nieren und Gehirn. Irrsinn, Selbstmord und Verbrechen sind häufige Folgen dieses Lasters. Auch in sozialer Beziehung kann durch die Trunksucht Unheil für weite Kreise erwachsen und häufig werden Unschuldige mit in das Elend gezogen. Die wirtschaftlichen Schäden, welche infolge der Trunksucht für Familie, Genossenschaften, namentlich Unfälle und Invalidenversicherungen, Krankenkassen etc., Gemeinde und Staat entstehen, sind ganz enorm, umsonst, als eine Heilung des Alkoholismus nur bedingt und an enge Grenzen geföhrt ist. Als Ersatz sind Apfelsinen in mäßiger Menge, besonders aber Kaffee und Tee zu empfehlen. Besonderes Gewicht ist auf die Bekämpfung der Trunksucht zu legen. Eltern, Lehrer, Geistliche und Ärzte sollten hier Hand in Hand vorgehen. Die staatlichen Gesetze sind in dieser Hinsicht erweiterungsbedürftig. Trunksucht sollte nicht als Strafmilderungsgrund dienen, dagegen als Rentenausschließungsgrund gelten, wenn Unfälle und Invalidität hierdurch herbeigeföhrt werden; eine Rente dürfte dann nur der Familie gezöhlt werden. Eine geistliche Handhabung zur Internierung notorischer Sünder und schließlich ein Heiratsverbot für dieselben würden großen Nutzen und Segen stiften.

Lebhafter Beifall am Schluss des Vortrages bewies dem Redner, daß das Publikum seine Darstellungen mit Verständnis und Interesse aufgenommen hatte.

Nach der Parasturachen des Alkoholmißbrauchs ist danach der Redner gar nicht eingegangen, ebenfalls auf die wirksamen Mittel zur Bekämpfung und Ausschaltung deselben. Aber das hat lediglich seinen Grund darin, daß Herr Dr. Friedberg — nicht Sozialdemokrat ist. Die bürgerlichen Hüßmittel gegen den Alkoholismus sind allerdings in obigen erschöpft. —

„Entbehrungsloshne“.

Der Aufsichtsrat der Magdeburger Bergwerks-Aktien-Gesellschaft schlägt ihren arg geplagten Aktionären 35 Prozent Dividende vor. —

Zu dem Unfall auf dem Justiz-Reinbau am Sonntag den 31. Januar wird uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß der Einsturz der Betondecke nicht durch Unachtsamkeit, sondern infolge Gefrierens des zum Bau verwendeten Materials herbeigeföhrt worden ist. Vielleicht dürfte es sich empfehlen, die während des letzten Frostes ausgeführten Arbeiten nümehr auf ihre Haltbarkeit zu untersuchen, um weiteren Unfällen nach Möglichkeit vorzuzubugen. —

Im Stadt-Theater wird am Mittwoch „Nonna Sarina“ gegeben. Am Donnerstag wird die Oper „Bertram“ aufgeföhrt. In Vorbereitung ist die Operette „Madame Chertov“, die von Hugo Reitz komponiert ist. Der Text ist nach einem französischen Schreibe von H. Dubouché von H. Sautouffant verfasst. —

Städtisches Konzert.

Am Montag den 9. Februar 1903 findet im Reichichen Saal, Langgasse, das IV. Volkskonzert des Städtischen Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Adolf König-Walder statt. — Als Solist in dem am Mittwoch den 9. Februar stattfindenden Theater-Konzert des Städtischen Orchesters der Pianovirtuose Herr Levin Capraro gewonnen. —

Walla-Theater.

Der da glaubt, daß das heitere Publikum der Stadt nicht mehr süßig wäre, unter ziemlich blühender Föhrt sich ein Spezialitäten-Theater zu laden, der ist am Dienstag den 10. Februar im Walla-Theater lägen geöhrt

wurden. Wir geben gern zu, daß die Antikvität: la belle Elégantie, ein Hauptzugmittel mit gewesen ist, das Theater bis auf den letzten Platz zu füllen, da es immerhin ein Ereignis war; aber ebensolamartig zweifelnd wir, daß auch ohne C. L. de M. de M. das Programm — ohne zu schmökeln — etwas derartig Vollkommenes gebracht hat, um auch fernhin volle Häuser zu erzielen. Seltener haben wir derartige Beifallsklässe erlebt, wie am Dienstag. Als erste im Bunde erschien die Follie-Soubrette Rosa de Ort, die nicht bloß durch ihr vortheilhaftes Neußere, sondern auch durch die kecke und frische Art ihres Vortrages gefiel. Einem Bravour-Parforce-Altkleistler die Brotherr's Alva. Wir müssen gestehen, daß diese beiden Künstler alles, was in diesem Genre im Walthalla-Theater bis jetzt geleistet worden ist, in den Schatten gestellt haben. Mit einer Eleganz und mit einer Kraft, die berechtigtes Staunen erregt, werden Dandlände zuwege gebracht, wie man sie nicht für möglich halten sollte. Einen vorzüglichen Extracur-Akt brachte das Forest- und Kinge-Trio, wobei eine Saharet en miniature bestens sekundierte. Durchaus original war Armand Marcell als Mitter und musikalisches Genie. Nach einer heiteren Künstler-Parodie brachte er auf dem Cello das Wachsche Prästudium mit einer Virtuosität zu Gehör, wie man es nur von guten Künstlern gewöhnt ist zu hören. Eine urkomische Szene mit einem wundervoll dressierten Affen, ist allein schon wert, das Theater zu besuchen. Stimmenerregend waren die jenseitigen Leistungen der berühmten Royal Japonaise Fukušima-Troupe. Hier verblüfft nicht nur die vollendete Virtuosität, sondern die stöbliche Sicherheit, die jedes Gefühl des Vangens beim Publikum beseitigt. Des weiteren sind noch rühmend zu erwähnen, das russische Tanz- und Verwandlungs-Ensemble Petichoff, die im silbernen Kleiderkostüm auftretende Jodelin und Zyrskienne Gretl Meiner, sowie die The Great Lumaire, die bei ihren halbherzigen Arbeiten sich effektiv des elektrischen Lichts zu bedienen wissen. Ueber das Ereignis des Abends, C. L. de M. de M., berichten wir separat. Wer wirklich einen genußreichen Abend erleben will, lenke seine Schritte nach der Apfelstraße, er wird nicht unbefriedigt von daheim gehen.

Gastspiel C. L. de M. de M. Auf ihrem „Triumphzug“ durch Deutschland kam C. L. de M. de M. der Stern des belgischen Königs von Volles Gnaden, gestern auch nach Magdeburg. Es ist zu bedauern, daß eine skrupellose Reklame sich der „näheren Beziehungen“ C. L. de M. de M. selbst die unwürdige Reklame gefallen läßt. Ist sie doch und zwar nicht nur im engeren Sinne des Varieteo-Jargons eine Künstlerin, die ihren Ruhm getroffen auf ihre Kunst bauen und auf die Hilfsmittel geschäftskundiger Direktoren verzichten könnte.

Sie ist keineswegs eine Tänzerin im gewöhnlichen Sinne des Wortes, denn was sie uns bietet, ist vielmehr der poetische Ausdruck durch ihre Empfindungen. Ihre Bewegungen vermeiden durchweg das Klüßerne (weßhalb sie auch die Spielbürger im Parkett auffallen läßt), sie laßt ihre internationalen Tänze mit Grazie, Eleganz und Anmut. Dazu kommt, daß — auch etwas Seltenes auf Varieteo-Bühnen — ihr Neußere, namentlich der sentimentaldräumatische Blick ihrer ausdrucksvollen Augen, sehr zu ihrem Erfolg beiträgt.

Es kennzeichnet das geringe Kunstverständnis des sog. besseren Publikums, daß der Beifall nach den ersten Längen ein nur mäßiger war. Dieses Publikum ist vielmehr infolge der raffinierteren „Künste“ untergeordneter Chanjonetten lediglich auf die Verriedigung der niedrigen Feiern bedacht. Will man die Kunst C. L. de M. de M. kurz und treffend charakterisieren, so muß man sagen: Was Pette Guitbert als Chanjonette, ist C. L. de M. de M. als Tänzerin.

Provinz und Umgegend.

Braunschweig, 4. Februar. (Parteijubiläum.) Dem Genossen Niese wurde aus Anlaß seiner 25jährigen Tätigkeit als Stadtverordneter eine goldene Kette und eine Aktienmappe überreicht.

Burg, 3. Februar. (Arbeitslosenzählung.) Vom hiesigen Gewerkschaftskomitee wird uns geschrieben: Am Sonntag den 25. Januar konnte nun endlich die schon einmal wegen der Interesslosigkeit der organisierten Arbeiter unterbliebene Arbeitslosenzählung stattfinden. Trotzdem es der ganzen Arbeiterschaft inklusive der Arbeitslosen genügend bekannt geworden war, hatten sich leider nur 20 Mann eingefunden, um diese gewöhnlich leichte Arbeit vorzunehmen. Die Arbeitslosen selbst legen hierfür kein Interesse an den Tag und es ist auch kein Wunder, wenn man bedenkt, daß von diesen höchstens 20 Prozent organisiert sind. Es sind meistens solche Elemente, die vor jeder Berührung mit den organisierten Arbeitern zurückschrecken und in Zeiten besseren Geschäftsganges keinen Mangel für ihre Organisation übrig haben, sondern sie jedoch wie möglich zu schädigen suchen. Immer wieder sind es diese organisierten Arbeitsbrüder, welche versuchen, ihre Lage zu bessern. Daß wir bei so geringer Beteiligung ein Resultat erzielen, welches lange nicht der Größe der Arbeitslosigkeit entspricht, ist selbstverständlich. Die Zahlenkarten waren durchweg sehr mangelhaft ausgefüllt. Hier hätten die Kletterer, Nichtigkeiten und Erfahrungen unter uns ein paar Stunden ihres Sonntags opfern müssen und wir hätten ein Resultat erhalten, welches uns unserer hochwichtigen Beförderung unter die Augen halten könnten. Dann hätte es auch nicht vorzukommen können, daß nur sage und schreibe vier mit verlässiger Arbeitszeit Arbeitende gezählt wurden, wo doch verschiedene Branchen fast durchweg mit verlässiger Arbeitszeit arbeiten. Die Zahl der ungelesenen Arbeiter ist wohl dadurch eine so hohe, weil sich noch die zugezogenen Arbeiter, welche an der Qualifikation und Wasserleitung beizufähig gewesen sind, hier aufhalten.

Mögen doch endlich die organisierten Arbeiter Burgs ein lebhaftes Interesse für die so hochwichtigen gewerkschaftlichen Fragen zeigen und sie mit beraten und lösen helfen. Das Resultat der Arbeitslosenzählung war folgendes: Arbeitslose 233; davon sind 164 Verheiratete mit 288 Kindern und 69 Ledige. Die Arbeitslosen verteilen sich auf die einzelnen Berufe folgendermaßen: Bauhandwerker 60, Metallarbeiter 10, ungelernete Arbeiter 131, andere Berufe 22. Hierunter waren arbeitslos 14 Tage oder kürzere Zeit 52, 2-4 Wochen 26, 4-8 Wochen 21, länger als 8 Wochen 74 Personen. Die Arbeitslosen waren alt: 20 oder weniger Jahre 22, 21-30 Jahre 77, 31-40 Jahre 60, 41-50 Jahre 42, 51-60 Jahre 16, mehr als 60 Jahre 16. 4 mit verlässiger Arbeitszeit Arbeitende (unbegreiflich!).

Halberstadt, 3. Februar. (Achtung! Arbeiter, Parteigenossen!) Nächsten Sonntag den 8. Februar findet eine Flugblattverbreitung in unserm Wahlkreise statt. Es ist Pflicht aller denkenden Arbeiter, sich zahlreicher denn je an dieser Verbreitung zu beteiligen. Also auf ans Werk!

Halberstadt, 4. Februar. (Zur Flugblattverbreitung.) Diejenigen Genossen, welche besondere Wünsche haben, wollen sich frühzeitig genug melden bei den Genossen Karl Schönfeld, Burgtreppe, Friedrich Hellwoigt, Bakenstraße, August Albert, Johannesbrunnen und Max Bollaumann, Bakenstraße. Außerdem ist es notwendig, daß alle Genossen, welche nächsten Sonntag an der Verbreitung teilnehmen wollen, in der am Donnerstag den 5. d. Mts. abends 8 1/2 Uhr, bei Max Bollaumann stattfindenden Wahlvereinsversammlung anwesend sind, wo die Obmänner für die Bezirke und alle notwendigen Bestimmungen bekannt gegeben werden. Wir erwarten, daß sich unsere Genossen in großer Anzahl melden, damit wir in der Lage sind, jeden einzelnen

Ort, sei er auch noch so klein, mit Flugblättern belegen zu können.

Halberstadt, 4. Februar. (Zur Arbeitslosenzählung.) In dem Bericht in Nr. 29 die Arbeitslosigkeit betreffend darf es nicht heißen, 7 Gewerkschaften haben sich nur an der Arbeitslosenzählung beteiligt, sondern 7 Gewerkschaften haben nur die unorganisierten Berufsgruppen in die Statistik aufgenommen.

Schönebeck, 4. Februar. (Achtung, Genossen!) Wir machen hierdurch die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß am Donnerstag den 5. Februar, abends 8 Uhr, im „Bürgerhaus“ (Haal) ein wissenschaftlicher Vortrag über „Walfal und Menschheit“ stattfindet.

Stahfurt, 3. Februar. (Arbeiter sind angekommen!) Diese heute so seltene Tatsache hat sich auf Neu-Stahfurt zugetragen. Daraus aber folgern zu wollen, daß das Geschäft in der Kali-Industrie — abgesehen von dem in jedem Frühjahr eintretenden bessern Gang — sich hebt, wäre verkehrt. Die immerhin auffällige Tatsache steht wohl in Verbindung mit dem Wassereintritt, gegen den man sich schützen will auch für den Fall, daß er ernstere Bedeutung annehmen sollte, und vor dem man den wertvollen Schylin im Tiefbau retten will, so lange es noch Zeit ist. Anherdem ist vermutet — man breitet darüber merkwürdigerweise den Schleier tiefsten Geheimnisses — bei der vor einigen Wochen hier stattgehabten Konferenz mit Minister und hohen Bergbeamten vereinbart worden, daß im Falle wirklich gefährdenden Wasserzuzusufes nicht stark gepumpt werden soll, um nicht dadurch Hohlräume im Erdinnern zu schaffen, die zu Bodenrutschungen und schweren Schädigungen, namentlich der fiskalischen Braunkohlengrube und der Orte Stahfurt, Oßderburg und Leopoldsdahl führen könnten.

Als Gutgelt für diese eventuelle Preisgabe ihres Schachtes ist der Gewerkschaft Neu-Stahfurt eine angrenzende, dem preussischen Fiskus gehörige Mützung, die auf der Ostseite des Stahfurter Kogentsteintaltes liegt und daher von den jetzigen Wässern nicht gefährdet wird, gegeben worden. Das Abteufen eines Schachtes in dieser Mützung soll schon Mitte März und zwar auf dem Untenberg begonnen werden.

Im Gegensatz zu dieser Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften wird das preussische Werk eine größere Anzahl alter Arbeiter für immer ablegen, indem es sie pensionieren wird. Diese Maßregel scheint in Verbindung zu stehen mit gewissen bevorstehenden Veränderungen in der Knappschichtskasse, wonach der Familienangehörigen eine weitergehende Unterstützung als bisher gewährt werden soll. In Verbindung damit wird eine Erhöhung der Knappschichtbeiträge bis auf za. 6 Mark monatlich eintreten.

Stahfurt, 4. Februar. (In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung) wurde endlich die Frage der Schaffung einer besoldeten Beigeordnetenstelle erledigt. Mit 20 gegen 12 Stimmen wurde beschloffen, einen Beigeordneten mit einer Bezahlung von 3000 Mark, steigend in drei Raten bis auf 4800 Mark und dem tarifmäßigen Wohnungsgeldzuschuß anzustellen, der namentlich auch den Vorfall im Gewerbegericht übernehmen soll. Ein weiterer Stadtrat an Stelle des verstorbenen Dr. Horn wurde in der Person des Stadtverordneten Maurermeister Wilhelm Petersen gemacht.

Die Eingabe des Gewerkschaftskartells, das unter Ueberreichung des Resultats der Arbeitslosenzählung um Fangriffsnahme von Ostland verlas, feinerzeit die von uns bereits veröffentliche Antwort, die der Magistrat auf diese Eingabe erteilt hat und knüpfte noch weitere Versicherungen daran, auf die es sich nicht verlohnt, einzugehen, weil sie nur Wiederholungen seiner genügend bekannten Anschauungen sind, gegen die man nicht ankämpfen kann, weil Herr Reinhard in dieser Hinsicht sich von uns nicht belehren läßt. Er hat zwar erklärt, daß er sich mit keiner Ablehnung von Hoffstandsarbeiten auf dem rechten Wege zu befinden glaube, weil — die „Volksstimme“ dieserhalb über ihn geschimpft habe, das soll uns aber nicht abhalten, unsere Absichten zu verfolgen und da, wo Herr Reinhard uns im Wege steht, da bekämpfen wir ihn und zuletzt besiegen wir ihn auch.

Da Herr R. schon erklärt hat, daß er die Antwort auf seine heutigen Auslassungen in der „Volksstimme“ finden wird, so mag er in dieser Antwort auch lesen, wie andre Leute über derartige Sachen denken. Wir wollen nicht viele Beispiele bringen. Es mag genügen, daß in Magdeburg und Quedlinburg die Arbeitslosenzählungen durch die Magistrats unter Jubiläumstage der Gewerkschaftskartelle vorgenommen sind, daß viele Städte, z. B. sogar Magdeburg, zu Hoffstandsarbeiten übergegangen sind, daß das kaiserliche Statistische Amt mit allen Gewerkschaftskartellen in Verbindung getreten ist und von ihnen regelmäßige Berichte empfängt und daß dies auch mit dem Gewerkschaftskartell Stahfurt der Fall ist. Wir wissen, daß diese Feststellungen ohne Wirkung auf die Anschauungen des Herrn Reinhard sein werden — das macht — na, man besteht uns schon.

Die Stadtverordneten begnügten sich damit, dem Magistrat ihr Vertrauen auszudrücken, daß er in amtlich registrierten Konten mit Almosen eingehen werde. Herr Gräbner wünscht, daß die Preise davon Notiz nimmt.

Thale, 3. Februar. (Volksversammlung.) In einer außerordentlich stark besuchten Volksversammlung sprach am Sonntag unser Reichstagskandidat Genosse Albert Schmidt über das Thema: Ist das Reichstagswahlrecht in Gefahr? Er schloß seine Ausführungen unter großem Beifall mit den Worten: „Die Arbeiter müßen wählen und wählen sie, damit ihnen das Wahlrecht nicht verkümmert wird!“ In der Diskussion wies Gen. Schmidt auf die Bedeutung dieses Wahlsjahres hin. Die Gewaltakte, die Verleumdungen, welche man in der letzten Zeit gegen die Sozialdemokratie unternommen hat, würden uns bei den Wahlen zu gute kommen. Nichts aller Arbeiter und Anwesenden sei es, sich immer enger der Partei anzuschließen, indem sie Mitglieder des Sozialdemokratischen Volksvereins werden und zur Klärung unsere Parteipresse — die Magdeburger „Volksstimme“ — mehr als bisher unterstützen. Die Versammlung wurde dann mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Seine Nachrichten aus dem Lande. Für die nächste Reichstagswahl ist für den Wahlkreis Ernst-Sleuingen- Ziegenrück von den Vertretern der Mittelstandspartei der frühere Generalsekretär jähige Regierungsrat Siebert-Breslau als Kompromißkandidat aufgestellt worden. Jacobstötter ist danach also endgültig abgetaucht. — Eine russinerte Schwindlerin, die sich auf Kosten anderer wohl sehr reich hat, ist jetzt in Dreßlich am Beresberg in der Person der Armenhausklerin Klein. Sie wohnt im Gemeinderathsaushaus, bezog ihre Altersrente und wurde seitens der Gutsbesitzer mit Nahrungsmitteln unterstützt. Nach ihrem Tode fand man jedoch noch einen Barren von etwa 60 Mark vor und eshermit besah die alte Frau ein Spardosenbüch über 2800 Mark. Natürlich wird sich die Gemeinde daran schadlos halten. — Der vor einigen Tagen zum zweiten Male aus dem Gefängnisse entlassene entmenschte Schling-Rahn wurde von Feldpolizisten in einem Stadthaus ergreifen. — Eine Frau in Gogersdorf bei Schönebeck hat sich in der Nacht zum Sonntag dem Tode überlassen. Sie litt an Scherenschnittanfällen seit Jahren. In der Nacht zum Montag ist es ihr in einem

unbewachten Augenblicke gelungen, halb angekleidet die Wohnung zu verlassen und sich vor den Zug zu werfen; der Stopp wurde ihr vom Pumpse getrennt. — Seit Dienstag früh herrscht in Deringerode bei starken Winde heftiges Schneetreiben. — Nimmich verurteilt bestimmt, daß der Bahnarbeiter Strauß auf dem Bahnhofe Großwiesenthal seinen Tod herbeigeführt hat, indem er sich mit Waffent in das Gleis stellte. Strauß war in einer Klage wegen 40 Mark, die er zurückgezahlt haben wollte, worüber er aber keine Quittung in Händen hatte, zur nochmaligen Zahlung dieser Summe verurteilt worden. Der Bedauernswerte hinterläßt eine Witwe und sieben Kinder.

Bermischte Nachrichten.

*** Sie können gehen!** Ein kleines Mädchen widerfuhr, wie man der „Leipziger Volkszeitung“ schreibt, neuerlich einem bei der Dresdener Staatsanwaltschaft beschäftigten Referendar, Freiherrn und Reserveoffizier. Er hatte eine seit langem stöbriesslich verfolgte und endlich erwischte Untersuchungsgefangene zu vernehmen. Als das Protokoll unterschrieben war, sagte er zu der Frau mit einer nachlässig vornehmen Handbewegung: Sie können gehen! Die Frau ließ sich nicht lange bitten. Sie ging, und da gerade der Gefangenenaufseher den Vorraum verlassen hatte, ging sie aus dem Gerichtsgebäude und ward nicht mehr gesehen. Das Gesicht des Staatsanwalts, als er von dem Verschwinden der Gefangenen hörte, kann man sich vorstellen.

*** Die Einziehung der Taler.** Nur wenige Jahre noch, und der Taler wird aus dem Verkehr verschwunden sein, denn jetzt wird mit seiner Einziehung Ernst gemacht. Im Münzgesetz vom 9. Juli 1873, das die Herstellung eines einheitlichen Münzwesens für das ganze Reichgebiet bezweckte, wurde bestimmt, daß Ein- und Zweitalerstücke bis zur Außertausetzung den Reichsmünzen (1 Taler = 3 Mark) gleichgestellt sind und in jedem Betrage gleich den Reichsgoldmünzen angenommen werden müssen. Seit Jahrzehnten sind die Taler älterer Jahrgänge, das heißt die bis 1856 geprägten, die etwas größer waren als die später ausgegebenen sogenannten Vereinstaler, ausgedehnt und zwecks Unprägung in Reichstaler zu Marken eingeschmolzen worden. Die fortgesetzt unaufrichtig vorgenommenen vorläufigen Einziehungen von Talern mußte mit Rücksicht auf die herrschende Silberkalamität öfter unterbrochen werden, jetzt soll dem Vernehmen nach in etwas beschleunigtem Tempo vorgegangen und auch mit den Vereinstalern aufgeräumt werden. Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank werden Taler seit dem 2. Januar nicht mehr ausgegeben, die Reichs- und Landesbanken werden voraussichtlich diesem Beispiel bald folgen, so daß die Außertausetzung der Taler als gelegentliches Zahlungsmittel nur noch eine Frage weniger Jahre sein dürfte.

Mit dem Taler verwindet eine Münze, die auf ein ehrwürdiges Alter zurückblicken kann. Ueber die Geschichte des Talers entnehmen wir der Deutschen Berkehrszeitung folgendes: Der Taler war das erste silberne Großstück, das in Umlauf kam, und zwar in Tirol; die ersten Talerausprägungen fallen in das Ende des 15. Jahrhunderts. Man nannte die Münze ursprünglich nicht Taler, sondern Guldengroschen, auch Joachimsthaler = Guldengroschen, woraus schließlich die Abkürzung Taler entstand. Im Jahre 1566 wurde der Taler, der im Laufe der Zeit in doppelten, halben und Vierteltalern geprägt wurde, zur gesetzlichen Reichsmünze erhoben und auf 66 Kreuzer festgesetzt. In Norddeutschland, wo er neben dem Gulden als Rechnungseinheit galt, teilte man ihn in Groschen, die aber verschiedenen Wert hatten, so gingen z. B. von dem „guten Groschen“ 24, vom „Mariengroschen“ 45 auf den Taler; beide Arten wurden später durch den „Neu- oder Silbergroschen“ verdrängt, von dem 30 auf den Taler kamen. In Süddeutschland wurde er nach rheinischem Münzfuß zu 90 Kreuzern oder 1 1/2 Gulden rheinisch gerechnet. Von 1623 an wurde der durch Reichsgesetz festgesetzte Taler zur allgemeinen Rechnungsmünze eingesetzt. Auf ihm als Hauptmünze beruhte von da an der Verkehr in allen Staaten des Abendlandes, wenn auch die einzelnen Münzordnungen voneinander abwichen. Mit der Zeit wurden die Taler aber trotz aller gesetzlichen Feststellungen und Konventionen immer minderwertiger, denn vielfach mit 50 bis 75 Prozent Kupfer legiert, ja schließlich ganz aus Kupfer geprägt und nur mit Silber überzogen. Diese Münzverfälschung war besonders während des dreißigjährigen Krieges gang und gäbe, wo die Reichsanarchie herrschte und die zahlreichen mit dem Reich an Münzprägung ausgestatteten reichsunmittelbaren Fürstentümern und Städte sich keine Skrupel darüber machten, ihr Silbergeld durch Einschmelzen alter Kupfermünzen zu verdoppeln und zu verdreifachen. Im Jahre 1712, der zur Verhinderung der Geldausfuhr durch die eigenen Münzfuß, den 14-Taler- oder 21-Guldenfuß, ein aus Graumanncher Fuß genannt) einfuhrte, nach dem die Taler auf die seine Mark gingen, griff in der Folge der siebenjährigen Krieges zu dem Mittel der Münzverfälschung. Er ließ auf den verpackten sächsischen Talern den Taler bis zur Hälfte und zum dritten Teile vermindern prägen, so daß schließlich 45 Taler aus der Münzstätte Silber geschlagen wurden. Die damaligen Räte von Leipzig, Eßfurt, Chemnitz, Jgig u. Co., mußten sich durch ein Verbot die Bekanntheit Kuntelvers gefallen lassen:

Von außen schon zu sehen schlimm, Von außen Friede zu haben Eßfurt.

Erst nach dem Hannoverischen Frieden ließ Friedrich die schlechten Münzen anzuheben und den 14-Talerfuß festhalten. Im Jahre 1807 wurde die Minderung eingeführt, den Taler statt in 24 oder 30 Groschen zu teilen, bis — wie schon erwähnt — Guldengroschen genannt wurden. Der preussische Silbergroschen wurde in 12, der sächsische Reichsgroschen dagegen in 10 Heunige geteilt. Durch die Wiener Münzkonvention vom 24. Januar 1857, der auch Österreich beitrug, wurde der 30-Talerfuß eingeführt, nach dem aus dem Pfunde sein Silber in Norddeutschland 30 Taler, in Österreich-Ungarn 45 Gulden zu 100 Neukreuzern und in Süddeutschland 30 1/2 Gulden geprägt werden sollten. Als Vereinstünze wurde der Taler = 1 1/2 Gulden Österreichischer

fammen mit dem Gesetz über die Agrarverträge ist geeignet. Der Krankenlosen Ausbeutungen und Herrschaft der Ratifikationsbesitzer wenigstens einigermaßen Einhalt zu tun. Schließlich ist auch ein Gesetz, welches die Einführung einer allgemeinen Sonntagruhe vorsieht, in Vorbereitung.

Afrika.

Die Wahlen in Transvaal.

In Kimberley erklärte Chamberlain, er hoffe, in drei Monaten die Wahlergebnisse der Municipalitäten an der Arbeit zu sehen, und im März werde der gesetzgebende Rat für Transvaal in Pretoria zusammentreten und Vertreter aller Klassen und Interessen umfassen.

Kleine politische Nachrichten. Der deutsche Landwirtschaftsrat begann am Dienstag in Berlin seine 31. Plenarversammlung. Die Erkrankung Eduards des Dicken von England besteht in einem leichten Anfall von Influenza. — Eduard der Dicke hat dem Schah von Persien den Hofenband-Orden verliehen. Genosse Stadthagen bezog heute mit Recht solche Abzeichen als Kinderpielzeug. — Der bayrische General z. D. Karl Ritter v. Hoffmann ist in München gestorben. — Finanzminister Witte ist in Petersburg vom Zaren beauftragt worden, die Zollverhältnisse im fernem Osten zu regeln. — Der deutsche Gesandte in Santiago de Cuba zu Kaffee-Plantagen ist daselbst nach kurzem Kranken an Lungenerkrankung gestorben.

Aus der Parteibewegung.

Keine bedingungslose Unterstützung des Freisinnigen in Schlesien. Von dem sozialdemokratischen Parteitag in Schlesien ist noch nachzutragen, daß ein Antrag des Reichstagsabgeordneten Kühn-Langensbelau: „Der Parteitag mache es den Parteigenossen Westlaus zur zwingenden Pflicht, bei der nächsten Landtagswahl auf keinen Fall den Freisinnigen bedingungslos bei der Wahl von Abgeordneten Beihilfe zu leisten“ mit 20 gegen 12 Stimmen abgelehnt wurde.

Hierzu bemerkt der „Vorwärts“: „Aus der Ablehnung des Antrages zu schließen, daß die Sozialdemokraten harmlos genug sein sollten, den Freisinnigen bedingungslos Beihilfe zu leisten, ist eine sehr naive Einbildung. Seit der rassistischen und heimtückischen Verräteraktion der Volkspartei sind die Parteigenossen sicher noch weniger geneigt als schon zuvor, sich den Freisinnigen auf Gnade und Ungnade zur Verfügung zu stellen. Wenden unsere Forderungen nicht befriedigt — jehiel kann man schon jetzt sagen — so mögen die Freisinnigen eben sehen, wo sie bleiben.“

Unser Erachten ist nicht daran zu denken, daß die Freisinnigen, so sehr es in ihrem Interesse liegt, bei den Landtagswahlen auf dem Wege des Kompromisses für die Wahl eines Sozialdemokraten sorgen werden. Uns wird daher nicht anders übrig bleiben, als in der Hauptwahl sozialdemokratische Wahlmänner und sozialdemokratische Abgeordnete-Kandidaten zu wählen, statt bedingungslos für die Freisinnigen einzutreten.

Das hindert nicht, daß wir in der Stichwahl für das kleinere Uebel eintreten können, ohne uns mit den Freisinnigen in einen Stuhhandel einzulassen.

Gewerkschaftsbewegung.

Buchdrucker. In Aachen ist in den beiden großen Buchdruckereien von Georgi und Sterken ein Streik der Buchdruckergehilfen ausgebrochen, weil die Prinzipale sich weigern, sich der Tarifgemeinschaft anzuschließen und den vereinbarten Tarif zu zahlen.

Schmiede. In Kellertbach (Hessen) ist in der Südb. Waggonfabrik ein Streik der Schmiede ausgebrochen. Bezug ist fernzuhalten.

Glasarbeiter. In der Glasfabrik Niechstein (Oberbayern) sind Differenzen ausgebrochen, die zur Niederlegung der Arbeit führten. Unterhandlungen zur gütlichen Beilegung sollen bereits im Gange sein, doch ist Bezug fernzuhalten.

Holzarbeiter. In der Holzbearbeitungsfabrik von H. Salge in Grabow bei Stettin sind Differenzen ausgebrochen wegen Lohnherabsetzung und Maßregelung. Am 6. d. M. werden sämtliche Drechsler, Tischler und Maschinenarbeiter des genannten Betriebes die Arbeit niederlegen. Um Fernhaltung des Zuzuges ersucht die Zahlstelle Grabow a. D. des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Die Erfüllung einer Ehrenpflicht bestraft! Wie die „Bremer Bürg.-Ztg.“ mitteilt, hat die Direktion des Bremer „Vulkan“ 500 Arbeiter ausgeperrt. Die Ursache dieser Ausperrung sind nicht etwa Konflikte aus dem Arbeitsverhältnis, sondern die unangenehme Maßregel erfolgte, weil die Arbeiter eine Pflicht der Pietät ausüben wollten. Sie wollten der Beerdigung eines ihrer Kameraden beiwohnen, aber die Direktion gewährte nur einem Teil der Arbeiter die freie Zeit dazu. Ungeachtet dessen beteiligten sich sämtliche Arbeiter an der Beerdigung und die Folge war, daß sie insgesamt auf 5 Tage ausgeperrt wurden. Nur diejenigen, welche Erlaubnis zur Teilnahme an der Leichenfeier hatten, sollten weiterarbeiten. Diese erklärten sich aber mit den Ausgeperrten solidarisch.

Da die Direktion den Arbeitern volle fünf Tage lang die Fabrik verschloß, also aus eigenem Antriebe die Arbeit ruhen läßt, so kann die Verweigerung des Urlaubs zur Beerdigung keinesfalls in notwendigen Rücksichten auf den Betrieb zu suchen sein. Es sollte also einzig und allein der weitgehende Herrenstandpunkt gewahrt werden.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. Februar 1903.

— Zum Streik der Former, Kernmacher und Sieberearbeiter der Rationalen Radiatoren-Gesellschaft in Schönebeck ist mitzuteilen, daß 35 Personen wegen schlechter Akkordverträge und starker Antreiberei ausständig sind. Den Anstoß zu dem plötzlich eingetretenen Streik gab die ungerechte Behandlung eines Formers durch den jetzigen Vorarbeiter Hermann Schmidt, Former, langjähriges Verbandsmitglied des aufgelösten Zentralvereins der deutschen Former. Die Firma weigerte sich, dieses Unrecht gut zu machen. Der Former Hermann Schmidt trägt die Schuld, daß 35 Personen und deren Angehörigen in dieser schweren Zeit brotlos geworden sind. Wäre die empörende Behandlung

des einen Arbeiters gut gemacht, so hätte eine Verständigung über die Lohnfrage in aller Ruhe erfolgen müssen.

Die Former erhielten einen Tagelohn von 4-4,50 Mk.; die Arbeiter 3 bis 3,25 Mark. Der Lohn der Former wurde durch Abzug für Ausschub bis zur Höhe von 8 Mark pro Woche gekürzt. Der Tagelohn wurde auch nur gezahlt, wenn ein festgesetztes Pensum erreicht wurde. Die geforderte Quantität ist so hoch gesetzt, daß sie nur von den geschicktesten Arbeitern mit äußerster Anstrengung erzielt werden konnte. Die Betriebsleitung erschwerte die Arbeit und verkürzte den Verdienst dadurch, daß sie die Löhne festsetzte in der Form, daß je vier Former eine Kolonne bildeten und im Laufe der Zeit in jeder Kolonne einen oder zwei Former durch ungelernete Arbeiter ersetzte. Die Former werden für die Fehler der ungelerneten Arbeiter bei der schwierigen und Fachkenntnis erfordern Arbeit verantwortlich gemacht. Die den Arbeitern zu teil werdende Behandlung war unerträglich geworden.

Es fand sich daher kein anderer Weg, wie die Niederlegung der Arbeit. Die Ausständigen erwarten, daß die Solidarität ihrer Berufskollegen nicht verjagt und daß ihnen aller nötiger Beistand geleistet wird.

— Wie Herr Stein zu sparen versucht. Es muß dem Verleger der „Neuesten Nachrichten“ arg an die Nieren gegangen sein, daß er seit einiger Zeit insofern seiner selbst Manipulationen mehr und mehr in Mitleidenschaft gezogen ist. Auch auf seinen Geldbeutel scheint diese Krifis arg zu wirken, denn er versucht seit kurzem seinen Redaktionsetat auf gar merkwürdige Art und Weise zu vermindern. Herr Stein versucht nämlich — ein Beweis, daß er die Courage noch nicht verloren hat — nicht mehr und nicht weniger, als seine bisher bezahlten Verammlungs- und Vereins-Berichterstatter abzukassieren und dafür die — sozialdemokratischen Schriftführer der gewerkschaftlichen Verbände Magdeburgs und Umgegend als „Mitarbeiter“ für sein Blatt — freilich ohne Vergütung! — zu engagieren! Zu diesem Zwecke verwendet er heute an die Vorstände der Gewerkschaften der Maurer, Holzarbeiter, Bauarbeiter usw. folgendes Schreiben:

Von dem Bestreben geleitet, mit den verehrl. Vereinen hinsichtlich in direkte Fühlung zu kommen, haben wir uns entschlossen, Vereinsnachrichten, Selbstberichte etc. nur noch von den Vereinsvorständen selbst entgegen zu nehmen. Wir richten darum an Sie die ergebene Bitte, uns für die Folge alles Wissenswerte in der gebotenen knappen Form durch Ihre Herren Schriftführer direkt mitteilen zu lassen und sichern Ihnen hinsichtlich Berücksichtigung aller billigen Wünsche gern zu.

Hochachtungsvoll ergebenst
Die Redaktion der „Neuesten Nachrichten“.

Man ist versucht, über die Naivität dieses Mannes herzlich zu lachen, da wir zur Ehre Steins nicht annehmen wollen, daß er mit obigem Schreiben die Gewerkschaften verhöhnen wollte. Ueberflüssig zu sagen, daß die Empfänger sich dafür bedanken, „Ehren-Mitarbeiter“ eines Blattes zu werden, das in der Öffentlichkeit nur noch eine komische Rolle spielt.

— Unvorsichtig oder geistesgestört? Einen höchst eigenartigen Eindruck machte in einer Gerichtsverhandlung in Halle der frühere Stationsassistent, jetzige 55jährige Schreiber Boigt aus Magdeburg, der wegen Verbrechen im Amte in Hanau mit 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus bestraft ist. Der Angeklagte bejaht sich in Magdeburg als jogen. Winkelkonsulent mit Rechtsangelegenheiten, Beschwerdeschriften und so weiter. Ein gewisser Anzorg von der Heilanstalt Uchtzbrünge hatte ihm erzählt, daß in jener Anstalt große Mißstände vorhanden wären, die von dem dort stationierten Oberarzt Dr. Artl gebildet wurden. Letzteres war nicht richtig, jedoch bestanden Mißstände, die aber zur Folge hatten, daß Wärter entlassen worden sind. Auf Grund einer von dem Angeklagten losgelassenen Beschwerdechrift wurde er vom Landgericht Stendal wegen Verleumdung zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die hiergegen eingelegte Revision wurde verworfen. Nun hat der Angeklagte, der sich gegenwärtig in Haft befindet, unterm 11. März v. J. an den Landeshauptmann der Provinz Sachsen Geh. Regierungsrat Bartels in Merseburg wiederum ein Schreiben geschickt, in dem er angab, in Stendal ungeschuldig verurteilt worden zu sein. Wenn er, der Regierungsrat, nicht dafür Sorge, daß er, Angeklagter, eine „Entschädigung“ bekomme, dann werde er die Mißstände von Uchtzbrünge der Öffentlichkeit übergeben. Reichstagsabgeordneter Antrich hätte früher schon einmal solche Sachen zur Sprache gebracht und der „Vorwärts“ würde wohl nicht abgeneigt sein, die Dinge zu veröffentlichen. Wenn er keine Unterzeichnung bekomme, werde er die ihm angebotenen pekuniären Vorteile annehmen. Bekannt sei, daß der Kaiser solche Fälle sehr schwer nehme. Das beweise schon der Fall Leutnant Wastkowitz. Der Angeklagte hatte dem Landeshauptmann einige Tage Bedenkzeit gelassen und mit „vorzüglicher Hochachtung“ postlagernd Magdeburg Antwort erbeten.

Boigt betritt in der Verhandlung mit aller Entschiedenheit, die Absicht gehabt zu haben, Geld zu erpressen. Der Anklagebereiber war aber anderer Ansicht und beantragte wegen versuchter Erpressung 9 Monate Gefängnis. Das Gericht erklärte demgemäß.

Man kann kaum annehmen, daß der Mann eine beratige Dummbüt bei vollem Bewußtsein begangen hat. Unser Ansicht nach gehört der Unvorsichtige in eine Heilanstalt und nicht ins Gefängnis.

— Rechtsverletzung selbstverständlich. Auch die „Magdb. Ztg.“ sieht bereits nichts anständiges mehr darin, wenn Arbeiter, die ihr gesetzliches Streikrecht ausüben, mir nichts dir nichts wider Gesetz und Recht verhaftet werden. Ganz lakonisch und ohne jeden Zusatz bringt sie aus Barcelona heute folgende Nachricht: „Der Ausstand in Reus breitet sich weiter aus. Die hauptsächlichsten Führer der Arbeiter sind verhaftet worden.“ Als wenn es sich so gehörte! Freilich wünschen die Unternehmer (und deren Interessen vertritt in erster Linie die „Magdb. Ztg.“) sich längst auch für Deutschland ein Gesetz, wonach jeder streikende Arbeiter sofort ins Gefängnis geworfen werden kann. Vermutlich wird, sollte dieser Herzenswunsch gewisser Kreise einmal in Erfüllung gehen, die „Magdb. Ztg.“ dann als ebenso selbstverständlich Streikmännchen stets folgendermaßen registrieren: „In Magdeburg ist bei der Firma R. R. ein Streik ausgebrochen. Sämtliche Arbeiter sind verhaftet. Die Ruhe ist nicht gestört worden. Die Polizei hat glänzend gehandelt.“

— Das Laß der Invaliden. Am Dienstag abend zwischen 6 und 7 Uhr fanden Leute den Invaliden, Zigarrenmacher S., welcher nur ein Bein hat, in der Popelhofstraße in der Nähe der 2ten Kaserne wie er hilflos dlag und völlig erschöpft war. Auf Befragen gab derselbe an, daß er nicht gehen und vor Hunger nicht stehen könne. Ein Mann gab ihm etwas zu essen, was er mit Beister herunterschlang und sich sehr bedankte. Ein herbeigeholter Schutzmann sorgte dafür, daß der Bedauernswerte fortgeschafft wurde. Wenn der Kampf vom Staate wenigstens so viel erhalte, daß er als Mensch

leben könnte, so können derart traurige Fälle nicht vorkommen. Freilich gebraucht der Staat seine Millionen einzuweisen noch für Kanonen und Schießpulver und nur das, was da eventuell übrig bleibt, bleibt den Krüppeln, die auf dem Schlachtfelde zu „Ehren“ Deutschlands ihre Haut zu Markte tragen, als Gnadengeschenk.

— Totschlagversuch und Selbstmord. Das bekannte Bierlokal „Zum Würzburger“ am Alten Markte, war, wie wir bereits heute früh durch Extrablatt mitzuteilen in der Lage waren, gestern abend gegen 11 Uhr der Schauplatz eines blutigen Dramas. Die Ursachen dazu waren nach dem Bericht von Augenzeugen folgende: Der Papier Emil Kelm (geb. 1873) hatte schon seit einiger Zeit Differenzen mit der ebenfalls im „Würzburger“ beschäftigten Wäffelmamsell Hedwig Klahn (24 Jahre alt). Gestern abend kam es zwischen beiden wieder zu Streitigkeiten, in deren Verlauf Kelm plötzlich den großen Jaghammer nahm und der Klahn einige Schläge damit an den Kopf versetzte, so daß der Betroffenen das Blut aus Nase und Mund strömte. Hierauf lief Kelm in einem Anfälle von Tobzucht die Wendeltreppe bis zum Dachstuhl hinauf und stürzte sich nach der Seite der Schwerfegerstraße zu auf das Pflaster, wo er mit zerquetschtem Schädel tot liegen blieb. Die äußerst schwer verletzte Wäffelmamsell sowohl wie der Selbstmörder wurden ins altstädtische Krankenhaus geschafft, woselbst die Klahn besinnungslos daniederliegt. Der Vorfall hatte eine große Menschenansammlung zur Folge.

— Generaldirektor Dr. Sernau ist in den Vorstand der national-liberalen Partei berufen worden. — Herr Sernau ist bekanntlich auch seit 1. Januar Stadtverordneter in Magdeburg. Hat sich jedoch öffentlich bisher nicht hervorgetan. Bei der Interpellation Brandes und Genossen über die Arbeitslosigkeit stimmte er mit dem Stern und Genossen für Uebergang zur Tagesordnung. Stimmt dafür auch in der letzten Sitzung mit für die Bewilligung der 8000 Mark für das höchst überflüssige Herrenzugergeraeter usw. Dadurch scheint man auf ihn und seine Befähigung zum national-liberalen Politiker aufmerksam geworden zu sein.

Letzte Nachrichten.

(Herald, Depeschen-Bureau.)

Frankfurt a. M., 4. Februar. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Paris erklärten Jaures und Pressense in der Versammlung der Führer der Mehrheitsparteien des Parlaments, daß sie die Verantwortung für die Wiederaufnahme der Dreyfus-Affäre allein übernehmen, ohne die Vertreter der Mehrheit zu binden. Trotzdem billigte die Versammlung unter dem Eindruck der gemachten Euthüllung einstimmig die Erklärung und die Absicht Jaures.

Frankfurt a. M., 4. Februar. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New-York: Der Senat nahm eine Bill an, der zufolge eine geheime Herabsetzung der Verkaufspreisen verboten ist. Die Bill ist gegen die Trusts gerichtet, ebenso wie eine vom Justiz-Komitee befürwortend vorgelegte, wonach Prozesse gegen die Trusts die schnellste Erledigung finden sollen.

Frankfurt a. M., 4. Februar. Aus Mentone meldet die „Frankfurter Zeitung“: Giron, den der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ interviewte, erklärte, er wisse nicht, ob er und die Kronprinzessin im Hotel d'Angleterre in Genf absteigen werden. Die Kronprinzessin werde nach Salzburg reisen, sobald es ihre Gesundheit gestatte. Giron werde sie in Genf erwarten.

Caracas, 4. Februar. Nach dreimonatigem Verweilen sind die revolutionären Truppen des Generals Matos, angeführt von dem General Ducharme, geschlagen worden. 200 Soldaten und 12 Offiziere gerieten in Gefangenschaft. Aus Maracaibo wird berichtet, daß die Revolutionäre, welche an den Ufern des Sees operierten, sich den Negern-Partisanen ergeben haben. Zahlreiche Truppen, unter General Ferrera, sind gegen die Truppen des Hebellengenerals Melando marschiert. General Ferrera ist bei Cumana geschlagen worden. 200 Gewehre und 3000 Patronen sind von den Regierungstruppen erbeutet worden. In Caracas sind sämtliche Bäckereien geschlossen, da es an Mehl fehlt.

Tanger, 4. Februar. Der Sieg der Regierungstruppen bestätigt sich, doch fehlen immer noch einige Anzeichen der Gelingen. Wie versichert wird, ist es dem Präidenten gelungen, mit dem größten Teil seiner Truppen zu entkommen. Andererseits wird erklärt, daß der Sieg der Regierungstruppen bedeutend aufgekauft worden ist. Die Regierung hat nur 30 Kpfe und 85 Geiauge nach Fez gebracht. Es ist nicht wahrscheinlich, daß mit diesem letzten Kampf beendet sein wird.

Berlin, 4. Februar. (Fig. Draht.) Der Abg. Vgster machte heute mittag nach Beginn der Sitzung in der Wandelhalle des Reichstages einen Selbstmordversuch. Nachdem er einen Revolver auf sich abgab, der ihn nicht tödlich verletzte. Vorher hatte er dem Bureau schriftlich mitgeteilt, daß er sich das Leben nehmen werde.

Rom, 4. Februar. (Fig. Draht.) Der Senat nahm mit 76 gegen 6 Stimmen den Budgetzug betreffend die Autonomie des Hafens von Genoa an.

Weissenfels, 4. Februar. (Fig. Draht.) Der Polizeierzern. Gajje aus Grauberg erordnete hier seine Ehefrau durch Selbstmordversuch zu tödlichen Verletzungen. Er machte alsdann einen Selbstmordversuch.

Paris, 4. Februar. (Fig. Draht.) Die aus Prades geschickte Wüter seit gestern heftige Schneestürme. Sämtliche Verbindungen sind abgebrochen. Zahlreiche Unfälle sind bereits zu verzeichnen.

Emile Zola

Wir empfehlen folgende

billige Volksausgaben

der bekanntesten Romane des verstorbenen
französischen Romanschriftstellers:

- Therese Raquin. 187 Seiten stark.
- Liebeblätter. 208 Seiten stark.
- Das Geständnis eines Jünglings. 165 Seiten stark.
- Madeleine Férat. 263 Seiten stark.
- Die Lebensfreude. 252 Seiten stark.
- Die Geheimnisse von Mariette. 443 Seiten stark.
- Die Eroberung von Plaisance. 320 Seiten stark.
- Das Glück der Familie Rougon. 195 Seiten stark.
- Der Totschläger. 252 Seiten stark.
- Das Gelübde einer Toten. 193 Seiten stark.
- Märchenbuch der wahren Liebe. 190 Seiten stark.

Sämtliche Bände sind elegant broschiert
und kostet jeder Band

nur 50 Pfennig.

Nur so lange Vorrat!
Wer von unsern auswärtigen Postabonnenten
die Zusendung eines Bandes per Kreuzband
wünscht, muß 70 Pfg. vorher in Briefmarken
einsetzen.

Jeder Besteller nimmt Bestellungen an.

Buchhandlung Volksstimme

Magdeburg, Jakobstraße 49.

Kaufm. Beamter Siegfried Friede in
Leipzig mit Charlotte Bekrens hier.
Goldschmied Wilhelm Klübe in Er-
furt mit Elisabeth Kaiser hier. Tapet-
und Dekorateur Johannes Steinicke
mit Margarete Kaiser. Gymnasial-
Oberlehrer Paul Grassunder in
Demmin mit Marie Grund hier.
Fabrikhelfer Richard Hartung mit
Martha Dümhaupt. Schleifer Paul
Rother mit Hedwig Winkler. Jah-
einer Detachier-Anstalt Paul Wülfel
mit Johanne Saah. Bez.-Beamtin
Kriegsrichterin mit Helene Richard.
Lehrerin Heinrich Berries in Berlin
mit Valente Matthes hier. Ober-
Postpraktikant Johannes Herz in
Piel mit Gertrud Pfehler hier. Gall.
Johann Martin Paul Schulz mit
Anna Alwine Matthes in Forst.
Eheschließung: Beruflicher-
Beamtin Franz Schrader mit Ella
Alex. Klempner Adam Dürr mit
Auguste Knoche.

Geburten: Gertrud, T. des
Tischlers Max Marquardt. Emma,
T. des Schuhmachers Karl Depa-
rade. Margarete, T. des Buchbind.
Georg Freund. Max, S. des Fleischer.
Paul Vorheier. Walter, S. des
Schuhmachers Hermann Dannehl.
Elsa, T. des Agenten Heinz. Bern-
mann. Walter, S. des Fleischer
Walter Steiner. Editha, T. des Eijen-
bahn-Arbeiters Otto Schalk. Karl,
S. des Fabrikhelfers Karl Matthee.
Charlotte, T. des Maurers Theod.
Baal.

Todesfälle: Hermann, S.
des Arbeiters Hermann Dösch, 1 M.
29 J. Dorothee geb. Schaffner,
Witwe des Schneidemeisters Karl
Fiedler, 85 J. 3 M. 28 J. Johanne
geb. Oppermann, Witwe des Schuh-
machersmeisters Eduard Horn, 61 J.
4 M. 20 J. Karl Haag, Maurer-
meister, 82 J. 6 M. 2 J. Helene
Schmidt, unverehel., 40 J. 1 M.
21 J.

Totgeburt: S. des Restaur.
Fritz Harig.

Eudenburg, 3. Februar.
Geburten: Albert, S. des
Kofomotivheizers Wilh. Ebel. Ger-
trud, T. des Eisenbahn-Arbeiters
Hermann Mathei. Franz, S. des
Tischlers Heinrich Bachmann. Willi,
S. des Schneiders Hermann Schuster.
Todesfälle: Martha, T. des
Malermesters Otto Strümpel, 14 J.
9 M. 7 J. Helene, T. des Arbeit.
Friedrich Sphjka, 1 J. 24 J.

Duckau, 3. Februar.
Aufgebot: Schriftföhrer Otto
Hie mit Martha Auguste Bach.
Geburten: Marie, T. des Formen-
anrichters Franz Friedrich.
Todesfälle: Irma, T. des
Bermeister's Ferdinand Dieblich,
8 M. 13 J.

Neustadt, 3. Februar.
Aufgebot: Fabrikarb. Friedr.
August Wilhelm mit Emma Harms.
Geburten: Luise, T. des Fädel-
meisters Friedrich Ebert. Elisabeth,
Anna Emma, unehel. Friedrich, S.
des Drechlermeisters Friedr. Sade-
nich. Erna, T. des Arbeiters Rich.
Fahn. Hermine, T. des Tischlers
Friedrich Rudolph.
Todesfälle: Arbeiter Julius
Weiß, 49 J. 6 M. 30 J. Editha,
T. des Kaufmanns Herm. Knöfeler,
5 M. 26 J.

Aufgebot: Kunsthilffler Max
Raminich mit Minna Marz.
Eheschließung: Holzwaren-
fabrik. Otto Junge mit Ida Stolze.
Geburten: S. des Arbeiters
Richard Kühne. T. des Arbeiters
August Franke.

Burg, 3. Februar.
Aufgebot: Zigarrenh. Friedr.
Herm. Bernede mit Amalie Kluge.
Geburten: T. unehel.
Todesfälle: Paul, S. des
Arbeiters Friedrich Voigt, 1 M.
Ehefrau des Rentiers Wih. Schulze,
Minna geb. Stiezel, 61 J. Privat.
Julie Sojam, 89 J.

Schönebeck, 3. Februar.
Geburten: Erna, T. des Tele-
graphen-Diktars Georg Drechsler.
Walter, S. des Schneiders Louis
Weber. Elsa, T. des Fabrikarbeiters
Hermann Lambour.
Todesfälle: Ehefrau Auguste
Grabski geb. Segelst, 51 J. 10 J.

Staßfurt.
Aufgebot: Kaiser Bruno
Frisch mit Anna Krall in Magde-
burg. Ingenieur Karl Großpörsch
hier mit Therese Föhrer in Magde-
burg.

Eheschließungen: Arbeiter
Friedrich Weber in Heddingen mit
Emma Behne hier. Arbeiter Wih.
Behlge hier mit Anna Peter in
Heddingen.
Geburten: S. unehel. S. des
Schloß. Paul Wigel. T. des Saul.
Emil Hoffmann. T. des Bergarb.
Richard Vode. S. des Fabrikarb.
Wih. Borchardt. T. des Bergarb.
Karl Feder. T. des Bergarbeiters
Nikolaus Müller. T. des Bergarb.
Franz Vode.

Todesfälle: Ehefrau Luise
Schäfer geb. Göttsche, 33 J. Ehe-
frau Auguste Kühne geb. Wigel, 51 J.
Franz Franke, 3 J. Wih. Borchardt,
1 J. Luise Franke, 2 M. Jakob.
Auguste Kühne geb. Wigel, 2 J. Friedr.
Vode, 2 M. Karl Franke, 2 J.

Restaurant

Stadt außerhalb. 10 Jahre in
ein. Befäh. zu verpacht. Umsatz
pro Jahr auf 200 Td. Bier.
monatl. 200 Lit. Spirituosen.
Zubehör kauft. wo 2000 Mk.
mit 1/2 Miete im voraus ange-
hören, welche Restant selbst
bezügen muß. Off. 634 C. D.
Ergeb. d. Volkst. 634

Gelegenheitskauf!

Eine große Partie **Möbel**, ganze
Ausstattungen, passend für Brau-
kerie, sofort billig zu verkaufen.
Bitte genau auf Firma zu achten!

Fr. Gessler

2/3 Katharinenstraße 2/3
kein Laden. 635

Burg. Burg.

Die aus der
Buchschatz ichen Konkursmasse

käuflich erworbenen Waren
werden billig abgegeben
22 Markt 22.

Burg. 2176 Burg.

Leih-Haus M. Korn

Franziskanerstraße Nr. 3a
Täglich
bis abends 8 Uhr
geöffnet. 2103

W. Coors,

Sandabg., Halberstädterstr. 116
Großes Lager
solider
dauerkaffee
in den einfachsten bis elegantesten
Ausführungen. 2144
Nirgend billiger. Nirgend besser.

Pflaumenmus

anerkannt beste Qualität
empfiehlt
das Stück zu 15 Pfennig
eine halbe Kilo zu 20 Pfennig
bei Abnahme von 5 Stück an

Gustav Köhler,

Pflaumenmusfabrik,
Leipzigerstr. 14.
Geöffnet von 8-11 und 2-6 Uhr

Schlachtereis

Wir em: Stückfleisch
Sämtliche frische Wurstwaren
in und außer dem Hause
Restauran W. Lockemann
Cunradstraße 13.

Burg. Frische Wurst.

Gustav Stabmann
Lützen 57.

Versammlung.

1. Sitzung über Arbeit und
Kampfkampf.
2. Beschlüsse.
Das Volkswort in der
Kampfkampf.

Zirkus Sarrasani

Kapellhaus, Staßfurt.
Kampfkampf, 4. Febr., nach-
mittags 4 Uhr

Wahlhalle

Heute Donnerstag
Lebtes Auftreten
der
Cléo de Mérode

Stadt-Theater.

Donnerstag den 1. Februar 1906
Bertha.
Oper in 3 Akten (4 Bilder).

Trauer-Hüte

In modernster Ausführung und
grösstem Formen-Sortiment.

Trauer-Schleier

2114 Crêpes, Flore
Kostümröcke, Blusen
Handschuhe etc.

Lange & Münzer

51a Breiteweg 51a

Wer sagt

es gibt keine gute 5 Pfennig-Zigarre mehr,
der wird belacht, wenn er meine besonderen

Spezialmarken No. 50, 51, 52 u. 53

probieren. Für Nichtkennner zu schade. 2172

Otto Schmid, Zigarren- und Zigaretten-Versand —
Magdeburg, Regierungstraße Nr. 10.

Eine sehr schöne vollst. **Wirt-
schaft**, best. a. Küche, Kammer u. n.
Bade u. eleg. Sofa u. n. 2 sehr
schön. Weinst. u. Matr. f. nur 230
Mk. z. best., auch gebe die Sach-
eins. f. bill. ab Jakobstr. 35, II. n.

Wohlfahrtsverein gut nützl. u. Gar-
für 15 Mk. z. n.
35, Soum. 631
Vorzügl. Linte empfiehlt die
Buchhandlung Volksstimme.

Unsere Ziele

Von August Bebel.

11. Aufl. — 30 Pfg. — 56 Seiten.

Zu haben in der

Buchhandlung Volksstimme

und durch jeden Buchhändler resp. durch jede
Büchereibehaltung zu beziehen.

Gewerkschafts-Sekretariat Magdeburg.

Große Klausstraße 1a.

Kostenlos Auskunft abends von 6-7 Uhr

an organisierte Arbeiter in gewerblichen Betrieben, Minen,
Zubehören, Unfall- und Krankheitsversicherung, Gewerkschaft, Betriebs-
und Besatzungsrecht sowie Arbeitsrecht. Sammlung von Be-
schwerden an den Gewerbe-Inspektor. — Besondere Beachtung

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Magdeburg

neuentgeltlich

Kostenlos Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeit-
suchern, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.

Telegraphen-Nachricht: Rathaus Nr. 2150-2155.

Männliche Abteilung: Fischlocherberg 13, Hof rechts.
Weibliche Abteilung: An der Hauptstraße Nr. 5.

Geöffnet:

Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche Abteilung: 10-12

Die Neue Zeit

Organ der deutschen Sozialdemokratie

Heft 18

- Franz Mehring, Ein altniederländischer Demonteur
- Max Adler, Ein altniederländischer Sozialist
- O. Lorenz, Das Jahrhundert des Kindes
- Otto Rühl, Ein altniederländischer
- E. Wurm, Sozialistische Umwälzung
- F. Mehring, Ein altniederländischer

Preis pro Nummer 25 Pfennig

einzelne zu haben in der

Buchhandlung Volksstimme.